

Abschlussbericht im Rahmen des Förderbereichs „Zusammenhalt stärken in Zeiten von Krisen und Umbrüchen“

Projekt „Krisen-Dialog-Zukunft“

**Bericht TP TU Dresden und TP Aktion Zivilcourage
e.V. sowie über projektbezogene Aktivitäten des
nicht geförderten Partners Sächsische Landeszent-
rale für politische Bildung.**

Förderkennzeichen: 01UG1829AX

Berichtszeitraum 1. März 2018 – 30. Juni 2021

Projektleitung: Dr. Cathleen Bochmann
Institut für Politikwissenschaft
Professur Politische Systeme und Systemvergleich
Technische Universität Dresden
01062 Dresden
Telefon: 0351 46335833
E-Mail: cathleen.bochmann@tu-dresden.de

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Abschlussbericht | 4 |
| Kurze Darstellung | 4 |
| 1. Aufgabenstellung | 4 |
| 2. Voraussetzungen, unter denen das Vorhaben durchgeführt wurde | 4 |
| 3. Planung und Ablauf des Vorhabens, | 5 |
| 4. Wissenschaftlicher und technischer Stand, an den angeknüpft wurde | 5 |
| 5. Zusammenarbeit mit anderen Stellen | 5 |
| Eingehende Darstellung | 6 |
| 1. Erzielte Ergebnisse | 6 |
| Typologie der Formate | 6 |
| Kontroversität und Polarisierungseffekte | 7 |
| Bedarfe der Kommunen | 8 |
| Pilotprojekte innovativer Dialogformate | 8 |
| Erfolgsfaktoren der Moderation | 19 |
| Moderationsschulungen | 20 |
| Pflege des Moderatorenpools | 21 |
| 2. Wichtigste Positionen des zahlenmäßigen Nachweises | 22 |
| 3. Notwendigkeit und Angemessenheit der geleisteten Arbeit | 23 |
| 4. Verwertbarkeit des Ergebnisses | 24 |
| Wirtschaftliche Verwertung | 24 |
| Wissenschaftliche Verwertung | 25 |
| Anschlussverwertung | 27 |
| 5. Fortschritt auf dem Gebiet des Vorhabens bei anderen Stellen | 27 |
| 6. Erfolgte oder geplante Veröffentlichungen des Ergebnisses | 27 |
| 7. Beitrag zu den förderpolitischen Zielen | 30 |
| 8. Fortschreibung des Verwertungsplans | 33 |
| Schutzrechte | 33 |
| Wirtschaftliche Verwertung | 34 |
| Wissenschaftliche / technische Verwertung | 34 |
| Netzwerke | 34 |
| Anschlussverwertung | 35 |
| 9. Arbeiten, die zu keiner Lösung geführt haben | 35 |
| Strukturell | 35 |
| Inhaltlich | 35 |

Abschlussbericht

Kurze Darstellung

1. Aufgabenstellung

Das Projekt „Krisen-Dialog-Zukunft“ (KDZ) vereint Wissenschaft, politische Bildungsarbeit und Multiplikator:innen aus Politik und Gesellschaft. Es förderte den Aufbau partizipativer Kommunikationsstrukturen zwischen staatlichen Stellen und Gesellschaft. Mit KDZ wurde eine neutrale Anlaufstelle für jene Akteure geschaffen, die sich mit gesellschaftlichen Krisen- und Konfliktsituationen konfrontiert sehen oder die fakultative Mitwirkungsverfahren für Bürger:innen zur Verbesserung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes durchführen wollen und bisher nicht wissen, wohin sie sich wenden können.

Als Alleinstellungsmerkmal des Projektes ist die direkte Zusammenarbeit einer Trias aus Wissenschaft (Technische Universität Dresden, FH Münster), zivilgesellschaftlicher (Aktion Zivilcourage e.V.) und staatlicher Praxis (Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, Kommunen) zu werten, welche dieses Unterfangen strukturell trug.

Das Ziel des Projektes war es, für kommunalpolitische Entscheidungsträger und Mandatstragende sowie zivilgesellschaftliche Akteure Handlungsmuster aufzuzeigen, die es gerade in eskalierenden Konfliktsituationen gemeinschaftlich möglich machen, nicht in krisenhafte Polarisierung, Radikalisierung und Verfeindung zu verfallen, sondern sowohl die auszutragenden Konflikte in akzeptierte Entscheidungen zu überführen als auch bereits im Prozess von politischer Willensbildung und Entscheidungsfindung den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die demokratische Qualität des Prozesses zu sichern. Daher hat „Krisen-Dialog-Zukunft“ aus der (teilnehmenden) Beobachtung, Begleitung und Durchführung ganz unterschiedlicher Dialogformate mehr praktisches und theoretisches Wissen darüber generiert, welche Gesprächsformate und diskursiven Moderationsinstrumente sich bewähren und umsetzen lassen.

2. Voraussetzungen, unter denen das Vorhaben durchgeführt wurde

Die dezentrale Struktur von Verbundpartnern aus Wissenschaft und Praxis erwies sich als hervorragend geeignet, um Krisenphänomene des gesellschaftlichen Zusammenhalts und deren moderativen Begegnung zu untersuchen. Wissenschaftliche Befunde konnten stets zeitnah praktisch ausgetestet werden und praktische Erfahrungen wiederum neue Theoriebildung inspirieren. Als problematisch zeigte sich der Koordinationsbedarf zwischen West- und Ostdeutschland. Aufgrund der Entfernungen und fehlender, unmittelbar im Projekt verankerter Praxispartner des Teilprojektes an der FH Münster fehlte ihrerseits ein direkter Zugriff auf die Umsetzung. Weiterhin ergaben sich hinsichtlich des ursprünglich geplanten Fokus auf Migrationskonflikte Änderungen aufgrund der großen Verzögerung des Projektstarts bis zum März 2018. Die Krisensymptomatik hatte sich bis dahin bereits abgeschwächt und wurde erst 2020 von der neu aufgekommenen Corona-Krise ersetzt. Durch letztere entstanden überdies viele Anpassungsnotwendigkeiten, da Präsenzanteile von Forschung, Durchführung und Transfer nicht möglich waren.

3. Planung und Ablauf des Vorhabens,

Das Vorhaben umfasste 36 Monate, wobei sich die Grobstruktur aus Vorbereitungsphase, Praxisphase und Transferphase nicht komplett einhalten ließ. Aufgrund der hohen Nachfrage an Bürgerdialogen wurde die Praxisphase vorfristig begonnen. Änderungen im Ablauf wurden in regelmäßigen Konsultationsrunden besprochen, wobei die TU Dresden die Gesamtkoordination übernahm. Letztlich konnten sämtliche im Antrag intendierten Projektbestandteile vollständig umgesetzt werden.

4. Wissenschaftlicher und technischer Stand, an den angeknüpft wurde

Der Forschungsstand wird in Kap. 2.1 des Vollartrags 2018 ausführlich dargestellt. Unser Projektvorhaben knüpfte vor allem an Bereiche der vergleichenden Systemforschung an, zumal der politischen Kultur- und Protestforschung, Demokratietheorie sowie der Erkundung von Verfahren gesellschaftlicher Partizipation und der direkten Demokratie.

Vor Beginn des Projektes war ein Angebot für kommunale Verantwortliche, gesellschaftliche Krisen über das Instrument der Bürgerdialoge zu lösen, nur wenig in Sachsen verankert.

5. Zusammenarbeit mit anderen Stellen

Das Projektteam arbeitete v.a. mit Vertreter:innen lokaler und regionaler Institutionen zusammen, um direkt in den Gemeinden vor Ort wirksam zu werden. Vorrangig wurde dabei in Sachsen mit besonderer Betonung der ländlichen Räume gearbeitet. Partnerschaften entstanden z.B. mit Bürgermeister:innen, Landrät:innen, Ministerien, aber auch Demokratieinitiativen, Vereinen oder Kirchgemeinden. Die Ansprache der Projektmitarbeitenden erfolgte aufgrund früherer Kontakte entweder direkt mit konkreten Hilfeersuchen oder proaktiver Unterstützungsangebote in Konfliktsituationen.

Die Zusammenarbeit zum Transfer von Ergebnissen gestaltete sich durch Partnerschaften, wie z.B.

- Vorträge auf jährlich stattfindenden Vernetzungstagungen und Konferenzen wie dem Landespräventionstag,
- laufende Dialogreihen wie den Kommunaldialogen der Bundeszentrale für politische Bildung, Deutschen Landkreistag und Deutschen Städte- und Gemeindebund,
- Angebote der politischen Bildung zum Themenfeld mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung,
- Schulungsprogramme kommunaler Weiterbildungsinstitute, wie z.B. das Sächsische Kommunale Studieninstitut Dresden.

Außerdem ging das Projektteam gemeinsam auf Stakeholder zu, um ihnen erlangte Erkenntnisse vorzustellen.

Eingehende Darstellung

1. Erzielte Ergebnisse

Typologie der Formate

Im Rahmen der Arbeitspakete 1.2 und 2.1 arbeitete das Projekt KDZ an einer Typologie von Veranstaltungsformaten. Diese Typologie hilft, die folgenden Forschungsfragen zu beantworten: „Wie verlaufen Streitprozesse?“, „Wovon hängt der Erfolg von Dialogprojekten ab?“, „Welche Wirkung entfalten Dialogprojekte bei den Beteiligten?“, „Welchen Einfluss hat das Dialogformat auf die Auflösung blockierter Willensbildungsprozesse?“. Dazu untersuchten die Projektmitarbeitenden Merkmale der einzelnen Formate auf Basis von Literaturrecherche und Beobachtungen.

Das Projekt begann 2018 mit der Erstellung einer Datenbank zur Erfassung und Projektdokumentation kommunaler Bürgerdialoge der Praxispartner 2013-2017. Diese erfasste verschiedene Kriterien hinsichtlich der Eignung der Veranstaltungen zur intensiveren Fallanalyse (z.B. gelungen/mislungen, Moderator, lokale Ansprechperson, Reichweite der VA, begleitendes Pressematerial, Status der verfügbaren Unterlagen).

Aus der wissenschaftlichen Begleitung und Analyse der Veranstaltung „Kommune im Dialog – Tunnelneubau Großenhain“ im Juni 2018, dem Besuch zehn weiterer Dialogveranstaltungen verschiedener Anbieter sowie der Grundlagenforschung und des Literaturstudiums entstand ein Konzeptpapier über vierzig verschiedene Variationen von Bürgerdialogen mit Bezug auf Krisen. Die dort beschriebenen Varianten umfassen z.B. 21st Century Town Meeting, Appreciative Inquiry Summit, Agenda-Konferenz, klassische Bürgerversammlung, Community Organizing, Fishbowl, Holocracy, Konsensus-Konferenz, Mediation, Planning for Real, Pro Action Café, Runder Tisch, World Café oder Zukunftskonferenz.

Anschließend wurde 2018 und 2019 eine Typologie erstellt, welche Formate in welchen Phasen einer Krise einsetzbar sind. Mittels Analyse der Konfliktumgebung ermittelten Projektmitarbeitende dabei, auf welcher Eskalationsstufe sich die verschiedenen Streitparteien befinden. Davon leitet sich ab, welche Interaktionen mit- oder untereinander ihren Möglichkeiten und Zielen entsprechen. Formate - verstanden als Interaktionsordnungen - laufen störungsfrei ab, wenn sie das Spektrum der Interaktionsmöglichkeiten und -ziele der Streitparteien aufnehmen können. So gelingt eine Zuordnung, welche Formate im Konfliktverlauf gelingen können oder zu misslingen drohen. Es kann eingeschätzt werden, für welche Streitparteien ein bestimmtes Format in Frage kommt, in welchem Stadium des Konfliktes es hilfreich ist und folglich, wann es beibehalten oder gewechselt werden sollte. Die Bandbreite an Einsatzmöglichkeiten wurde fortlaufend durch Beobachtungen überprüft, sodass nun ein gezielt anwendbares Instrumentarium zur Verfügung steht.

Im letzten Jahr des Projektes wurde diese Arbeit weitergeführt, indem konkrete einzelne Formate (World Café, Thérapie Sociale, Runder Tisch) hinsichtlich ihrer konkreten Spannweite für Streitparteien untersucht wurden.

Kontroversität und Polarisierungseffekte

Weiterhin arbeitete das Projekt an den Möglichkeiten, Kontroversität in Veranstaltungen besser zu messen. Hohe Kontroversität in Dialogen bedeutet, die Teilnehmenden sind in Zustimmung und Ablehnung gespalten; die Neutralität ist gering. Niedrige Kontroversität bedeutet, eine Mehrheitsmeinung überwiegt die Minderheit deutlich oder die Neutralität ist sehr hoch. Dieses Verhältnis konnte in einem simplen Kontroversitäts-Index dargestellt werden:

$$I_k = (Z - A)^2 + N$$

Die Projektmitarbeitenden untersuchten dazu verschiedene Themen, die in den letzten Jahren im Rahmen des Online-Dialogs „Lasst und streiten!“ der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) von Bürgerinnen und Bürgern debattiert wurden und weiteten die Analyse auf konkrete Thesen des Online-Dialogs aus, um deren Kontroversität zu untersuchen. Der Sinn des Online-Dialoges besteht laut SLpB darin, eine sachliche Diskussion zu kontroversen Themen zu ermöglichen und die Auseinandersetzung mit Andersdenkenden zu fördern. Dabei sollen möglichst niederschwellig und ohne besondere Voraussetzungen möglichst viele Bürgerinnen und Bürger erreicht werden. Oft erreichen Onlineangebote dieses Ziel jedoch nicht. Gerade angesichts der Herausforderungen von Unsachlichkeit, Bedrohungen, Falschinformationen und Echokammern in Onlinedebatten wurde untersucht, inwieweit sich einer destruktiven Polarisierung innerhalb des Dialoges vorbeugen lässt, ohne die Lebendigkeit einer kontroversen Debatte zu beeinflussen. Hierbei wurden Defizite und Schwierigkeiten, insbesondere in der Semantik der Thesengestaltung diskutiert. Die Befunde lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Eine unangebracht starke Polarisierung bei Themen, in denen die realen Positionen nicht annähernd so weit auseinanderfallen wie im Online-Dialog (damit können die vorgehaltenen Extrempositionen manchmal kaum einen Realtypen ergeben) ist problematisch. Das Thema selbst als auch die Thesenformulierung können dann dazu beitragen, dass sich Menschen „diesen Schuh einfach anziehen“ und verhärten in eine Diskussion gehen oder die These bzw. das eigentliche Problem dahinter verwerfen.

Andere hingegen äußern dann ihre Meinung lediglich dahingehend, dass man zu dem Thema so pauschal nichts sagen könne. Dies zeigte sich nicht nur in überlappenden Argumentationen in den Kategorien „Neutral“ und „Nein“, sondern auch in der Unwilligkeit von OD-Teilnehmenden, sich dieser schematischen Verkürzung zu beugen. Bei einigen derart mangelhaft formulierten Thesen positionierte sich ein Fünftel der Teilnehmenden dementsprechend neutral, alle Neutralen wie auch - wie sich in der qualitativen Auswertung zeigte - viele Ablehnende wollten dabei explizit nicht polarisieren oder verallgemeinern. Eine qualitative Unterscheidung der Positionen war damit kaum auszumachen.

Zudem stellt eine überreizte Polemik in den Diskussionsthese ein Risiko für einen Qualitätsverlust dar. Thesen dürfen selbstverständlich provozieren, sie sollen sogar. Im Versuch der Kontroversität wurde allerdings in der Vergangenheit mehrfach eine Grenze übertreten, welche die Effektivität des Dialogablaufs wohl maßgeblich negativ beeinflusste. Wenn es beispielsweise im OD XV heißt „Schule schwänzen rettet nicht den Planeten“, verkürzt dies den Konflikt zwischen dem Recht auf freie Meinungsäußerung nach Art. 5 GG und der Schulpflicht sowie den Möglichkeiten, aus einem Schulstreik auf Probleme aufmerksam zu machen, auf eine lapidare Aussage, auf die mit ja oder nein reagiert werden soll.

Werden dauerhaft polemische oder zu provokante Thesen zur Diskussion gestellt, könnte das für die Qualität und das Bestehen des Dialogs überhaupt diverse Risiken bedeuten. Folgende wurden dabei von den Mitarbeitenden ausgemacht:

- Abwendung potenzieller, von Polemik abgeschreckter Teilnehmender, damit sinkende Anzahl an Beiträgen
- Vereinnahmung der Thesen und des Dialogs durch bestimmte meinungsstarke Gruppen
- zunehmende Anzahl polemischer Beiträge, insbesondere solcher, die für eine Diskussion untauglich sind
- Abnehmender Nutzen des Diskussionsplattform-Designs durch starke Differenzen innerhalb einer Positionierungsauswahl oder Überlappungen zwischen mehreren
- Abnehmender Nutzen eines Auswertungsberichts

Diese Schwierigkeiten lassen sich auch allgemein auf Dialogveranstaltungen (in Präsenz wie online) ausdehnen, in denen bestimmte Aussagen diskutiert werden sollen.

Bedarfe der Kommunen

Eine bedeutende empirische Erhebung des Projekts erfasste die Erfahrungen und den Bedarf sächsischer Kommunen zur kommunikativen Krisenbewältigung in Arbeitspaket 1.3. Aus einer quantitativ schriftlichen Befragung sächsischer Bürgermeister:innen und Landräte im Dezember 2018 entstand ein SPSS-Datensatz (n=2018). Es zeigte sich, dass 77% der Gemeinden im Schnitt weniger als 3 Bürgerdialoge pro Jahr anboten. 72% der Gemeinden antworteten bisher sehr gute oder gute Erfahrungen mit Bürgerdialogen gemacht zu haben. Gleichzeitig schätzten aber 43% der Befragten die Nachfrage ihrer Bürger:innen nach diesen Angeboten als gering oder sehr gering ein. Auf die Nachfrage, wer zukünftig Versammlungen moderieren solle, nannten 41% der Bürgermeister:innen sich selbst, gefolgt von 21% auswärtige Moderator:innen und 14% Zivilgesellschaft (Mehrfachantworten waren möglich). Detaillierter ausgewertet wurden im Frühjahr 2019 die Einstellungsmuster der Kommunalverantwortlichen hinsichtlich Bürgerbeteiligungsveranstaltungen. Untersucht wurden dabei u.a. bisherige Erfahrungen, das eingeschätzte Konfliktlösungspotenzial, der Stellenwert und die vermutete Nachfrage zu Dialogveranstaltungen sowie bisherige Erfahrungen mit Bürgerversammlungen seitens der Kommunen. In der Faktoranalyse zu Einstellungsmustern zeigte sich der Befund, dass zwei unterschiedliche, voneinander unabhängige Einstellungsmuster in den Kommunen existieren. Während sich das eine Muster als „überzeugte Kommunen mit einer hohen Relevanzbeimessung“ beschreiben lässt, welche gegenüber Dialogformaten ein entsprechendes Vertrauen auf- und ihnen eine hohe Bedeutsamkeit zuweisen, sind die anderen Kommunen schlicht „Routiniers“, welche auf Grund der Erfahrungen mit Bürgerdialogen, jene öfter durchführen, ohne besondere normative Überzeugung im Hintergrund.

Pilotprojekte innovativer Dialogformate

Weiterhin widmete sich „Krisen-Dialog-Zukunft“ in den Arbeitspaketen AP 2.1, AP 2.2 und 3.1 der Entwicklung neuer oder Verbesserung bzw. Validierung bereits verfügbarer Methoden und Instrumente gesellschaftlicher Konfliktkommunikation und Konfliktmoderation. In Pilotprojek-

ten erforschte und entwickelte das Team Streitstrategien und diskursive Moderationsinstrumente in enger Zusammenarbeit der Praxispartner mit den Wissenschaftler:innen. Diese Projekte sollen im Folgenden dargestellt werden:

“Kommune im Dialog” Stadt Bautzen (TU Dresden, SLpB) (2019) - analog

Dieser Bürgerdialog zum Thema der gesellschaftlichen Spaltung der Stadt Bautzen erfolgte erstmals am 08.02.19 mit 900 Personen. Die TUD war zu diesem Zeitpunkt nur Beobachter. Während dieser Dialog durch diverse Faktoren (unpassendes Format, ungeeignete Räumlichkeiten, zu viele Besucher, unklare Rollen, polarisierende Podiumsgäste, Versäumnisse der Moderation) eskalierte, verlief der zweite Dialog am 13.05.19, begleitet durch das Team der TUD, friedlicher und verständnisorientierter ab. Die Wahl des richtigen Formates und die Annahme der entscheidenden Rolle von Emotionen, wenn gesellschaftliche Polarisierung bearbeitet werden soll, bestätigte sich als essentiell.

Dem Thema „Bautzen – Zurück zur Sachlichkeit“, lag die Überlegung zugrunde, die Emotionen, durch Sachfragen angeleitete Gespräche der Streitparteien, zu suspendieren. Diese Betrachtungsweise war von gutem Willen initiiert, aber von unzutreffenden Maßnahmen getragen. Die Beteiligten fühlten sich oftmals von der Situation persönlich betroffen. Dieser Aspekt gehört untrennbar in das Konfliktbild hinein. Dadurch wurde es unmöglich die emotionale Dimension auszuklammern, wenn diese der Kern der Diskussion war. Die Interpretation der Sachfragen ruhte auf den emotionalen Dispositionen. Das Veranstaltungsthema setzte einen normierten Rahmen für die Kommunikation. Aus Sanktionsfurcht versuchten die Menschen die Norm zu wahren, aber den dysfunktionalen Rahmen ihren Bedürfnissen folgend, zu dehnen. Folglich wurden Scheinargumente eingeführt, die der Norm der Sachlichkeit genügten, letztendlich dennoch emotionale Standpunkte bedienten. Die Haupttriebfeder des Konfliktes, die oftmals auf der persönlichen Ebene lag, wurde dadurch verdeckt und blieb vom Gesprächsformat unbehandelt – konnte folglich auch dadurch nicht gelöst werden. Dieser Befund hat erhebliche Relevanz für ein Verständnis (nicht nur) „ostdeutscher Besonderheiten“, weil sich ähnliche Muster auch außerhalb der Bautzner Dialoge regelmäßig wiederholen.

Bürgerwerkstätten “Miteinander reden!” der Sächsischen Staatskanzlei (KDZ) (2019) - analog

Lehrreich für KDZ war die Serie von 13 Bürgerdialogen (Januar bis Juni 2019). Die Bürgerdialoge wurden von der Sächsischen Staatskanzlei durchgeführt und von KDZ konzeptuell moderiert und evaluierend begleitet. Hierfür wurden Bürger:innen eingeladen, die sich für die Bürgergesellschaft engagieren. Diese kamen mit Verwaltungsexpert:innen zusammen und sprachen mit ihnen über wichtige Anliegen. Ziel dieses Dialoges war die Förderung des Dialogs und der Beteiligung in den Regionen. Das Format folgte dem Konzeptrahmen des Runden Tisches, wobei Aspekte des World Cafés integriert wurden.

Aus der Evaluation ergaben sich folgende Empfehlungen:

1.) Es sollte Einigkeit über die Frage herrschen, welche Ziele man mit den Bürgerwerkstätten verfolgt. Zu prüfen ist, wie widersprüchliche Effekte der dazu notwendigen Maßnahmen vermieden werden können.

2.) Die Bürgerwerkstatt hat vor allem in Schulgebäuden, mit der notwendigen Ausstattung und Infrastruktur, eine ideale Umgebung gefunden. Weitere Bürgerwerkstätten sollten bevorzugt in Schulen stattfinden.

3.) Drei Tischrunden mit Sachverständigen und eine abschließende Runde ohne Sachverständige haben sich als sinnvoll erwiesen.

4.) Die Landesregierung kann die Kreisverwaltungen bei der Durchführung von Bürgerwerkstätten hinsichtlich Monitoring, Veranstaltungs-Logistik, Weiterbildung für Fachkräfte, Erfahrungsaustausch und landesweiter Vernetzung maßgeblich unterstützen. Demgegenüber bietet die Kreisebene einen direkten Bezug zur sächsischen Alltagsrealität und damit ein „Ohr am Volk“.

5.) Die Bürgerwerkstatt sollte alle zwei Jahre wiederholt werden, mindestens aber einmal in der Legislaturperiode stattfinden. Die aktuelle sächsische Landesregierung zeigte sich dieser Idee gegenüber sehr aufgeschlossen.

Besonders hervorgehoben sei zu den Bürgerwerkstätten, dass diese im Herbst 2019 für den europaweiten „Innovations in Politics Award“ des Innovations in Politics Institutes aus Wien nominiert wurden und bis in die Finalrunde in der Kategorie „Demokratie“ gelangten. Diese Ehrung unterstrich die hohe Qualität des Dialogformats, welche ebenfalls von den Teilnehmenden zurückgemeldet wurde.

Initiative gesprächsbereit (Aktion Zivilcourage e.V.) in Dresdner Stadtteilen und Kirchengemeinden (2018-2019) - analog

Seit Beginn der sogenannten Flüchtlingskrise 2014 lässt sich zunehmend eine Spaltung und Polarisierung der Gesellschaft betrachten, die den inneren Frieden und den Zusammenhalt in Deutschland bedroht. Die Initiative gesprächsbereit (Aktion Zivilcourage e.V.), die aus einem Vorgängerprojekt von KDZ entstanden ist und deren Mitglieder eine Moderationsschulung nach Ansätzen der Thérapie Sociale absolviert haben, hielt es daher für notwendig, aktiv auf einen Dialog und Begegnung, Austausch und Zusammenhalt hinzuwirken, was von Seiten des Oberbürgermeisters unterstützt wurde.

Entgegen aller Erwartungen wurde von den Stadtbezirksamtsleiter:innen jedoch kaum Dialogbedarf geäußert. In den Stadtteilen Neustadt und Tolkewitz - also in zwei von zehn Stadtbezirken -, in denen dann tatsächlich Dialogveranstaltungen durchgeführt wurden, standen außerdem andere Themenschwerpunkte im Vordergrund als zunächst gedacht. In der Neustadt wie auch in Tolkewitz ging es letztlich um die „Rückeroberung“ des Stadtteils als Wohlfühlort für die Anwohnenden. Das Anliegen beider Stadtbezirksamtsleiter war, die Wünsche der Anwohnenden in Kooperation und Eigenengagement umzuwandeln und die Eigenverantwortung und Identifikation der Bürger:innen mit ihren Stadtteilen zu fördern. In der Neustadt wurden drei Bürgerdialoge durchgeführt (einer noch 2018, zwei 2019). In Tolkewitz wurden zwei Bürgerdialoge durchgeführt. Weitere waren ursprünglich geplant, wurden nach dem Wechsel der Stadtbezirksamtsleitung jedoch leider nicht wieder aufgenommen, obgleich die Bereitschaft hierzu zunächst da war. Letztlich dürfte die Corona-Pandemie für das endgültige Ende ausschlaggebend gewesen sein.

Die Bürgerdialoge erhielten fast durchweg positive Rückmeldungen und um eine Fortsetzung wurde mehrfach gebeten. Dem Wunsch der Verwaltung folgend, entwickelte sich das Format von einem reinen Dialog- zu einem workshoporientierten Dialogformat. Die Bürger konnten erkennen, dass die Entwicklung der Stadtteile auch in ihrer eigenen Verantwortung liegt.

Auch von Kirchgemeinden wurde im Vorfeld der Europa-, Kommunal-, und Landtagswahlen ein Dialogbedarf festgestellt. Fremdenfeindliches Gedankengut und Sympathieäußerungen mit der AfD und Pegida stehen in Augen vieler Gemeindemitglieder im Kontrast zu christlichen Werten. Die Initiative begleitete daraufhin einen Gemeindedialog in der Dresdner Brüdergemeinde und einen Dialogprozess der ev.-luth. Kirchgemeinde Dresden-Plauen. Insbesondere in Dresden-Plauen musste hierfür im Vorfeld viel Überzeugungsarbeit für das Dialogkonzept der Initiative gesprächsbereit, das auf Ansätzen der *Thérapie sociale* basiert, geleistet werden, da im Vorbereitungsteam der Gemeinde zunächst die Ansicht herrschte, dass es das Ziel sein müsste, andersdenkenden Teilnehmenden klarzumachen, welche Parteien sie als Christen wählen dürften und vor allem welche nicht. Mit einem solchen Ansatz ist jedoch kein ernsthafter Dialog möglich. Das Konzept von gesprächsbereit wurde schließlich erfolgreich umgesetzt und in mehreren moderierten Kleingruppen zu verschiedenen politischen Themen ange-regt diskutiert. Ziel war es, innerhalb der Gemeinde den Dialog wieder zu ermöglichen und die tieferliegenden Gründe für die Positionen andersdenkender Gemeindemitglieder besser zu verstehen.

Wahldialoge und Bürgerforen des Netzwerks Dresden Nord (Aktion Zivilcourage e.V.) (2019-2021) - analog

Im Dresdner Norden waren 2019 im Netzwerk Dresden Nord Ehren- und Hauptamtliche in fünf verschiedenen Arbeitsgemeinschaften vernetzt. Im Vorfeld der Kommunal- und Landtagswahlen wurde jeweils ein Wahlforum, bei dem Mitarbeitende der Aktion Zivilcourage an der Konzeption und Moderation beteiligt waren, organisiert. Der Ablauf des Wahlforums teilte sich in eine zentrale Podiumsdiskussion, zu der jeweils ein Vertreter der LINKEN, der Grünen, der SPD, FDP, CDU und AfD eingeladen wurden, und einer anschließenden Diskussionsphase zwischen den Bürger:innen und Politiker:innen. Zu beobachten war, dass die Bürger:innen nicht nur das Gespräch mit den Vertretern „ihrer Partei“ suchten, sondern gerade auch für die Positionen anderer zugänglich waren. Insbesondere der Dialog vor den Kommunalwahlen war gut besucht. Die bürgernahen Bürger-Politiker-Dialoge sollten auf Wunsch der teilnehmenden Bürger:innen viel öfter und auch abseits von Wahlen organisiert werden. Zudem wurde beklagt, dass die massive Einschränkung des Rederechts beispielsweise bei Stadtbezirksbeiratssitzungen die Bürger:innen vom politischen Geschehen ausschließen würde.

Dem Wunsch der Teilnehmenden an diesen Wahlforen wurde entsprochen und für 2020 wurden zwei Bürgerforen geplant (von denen einer coronabedingt auf Juni 2021 verschoben werden musste), zu denen auch Verantwortliche aus Politik und Verwaltung geladen wurden. Beim ersten Bürgerforum ging es um die Schulnetz-, beim zweiten um die Sozialplanung im Dresdner Norden. Beim ersten Forum folgte auf eine Kleingruppenphase mit verschiedenen Schwerpunktthemen eine Präsentation der Ergebnisse und Wünsche im Plenum und eine anschließende Debatte mit den Vertretern aus Politik und Verwaltung auf dem Podium, beim zweiten Dialog folgte auf die Kleingruppenphase eine Präsentation und Debatte im Fishbowl-

Format, eine Veränderung, die sich sehr positiv auf die Beteiligung der Teilnehmenden ausgewirkt hat. Beim ersten Bürgerforum stiegen insbesondere diejenige in die Debatte mit den Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung ein, die ohnehin die Ergebnisse aus den Gruppen präsentiert hatten, während sich an den Diskussionen in Fishbowl in regem Wechsel sehr viel mehr Teilnehmende beteiligten.

Das Netzwerk Dresden Nord bemühte sich darum, alle Sozialräume, Bevölkerungs- und Altersgruppen im Dresdner Norden zu erreichen. Da Bürgerforen mit ihren Themensetzungen nicht ganz niedrighschwellig sind und oft hauptsächlich ohnehin bereits politisch und/oder gesellschaftlich aktive und in Vereinen oder Gremien organisierte Menschen ansprechen, veranstaltete das Netzwerk daher auch sehr niedrighschwellige Bürgerbeteiligungsworkshops für einzelne Gruppen mit einer sehr allgemeinen Fragestellung, zuletzt zwei in verschiedenen Stadtteilen für Senior:innen, in denen es darum ging herauszufinden, was ältere Menschen in ihrem Lebensumfeld vermissen und sich wünschen. Diese Beteiligungsworkshops, bei denen ebenfalls in moderierten Kleingruppen gearbeitet wird und die zu anderen Tageszeiten stattfinden als die Bürgerforen, wurden gut angenommen. Die Arbeitsergebnisse dieser Beteiligungsworkshops wurden dann in die Agenda der verschiedenen AGs des Netzwerks eingespeist.

Salonabende des Literaturnetzwerks Wortwechsel (2019-2021) - analog und online

Von zwei Mitarbeitenden des KDZ-Teams konnten innerhalb des Förderzeitraumes drei weitere Dialogexperimente mitgestaltet werden. Im Jahr 2017 lancierte die Dresdner Buchhändlerin Susanne Dagen infolge der Auseinandersetzungen um den Messestand des Anthaios-Verlags des neurechten Verlegers und Kopfes des "Instituts für Staatspolitik" in Schnellroda Götz Kubitschek auf der Frankfurter Buchmesse ihre umstrittene Petition "Charta 2017", die auch von bekannten Dresdner Schriftstellern unterschrieben wurden. Kern dieser Petition war die Behauptung eines "Gesinnungskorridores", innerhalb dessen man sich nur noch äußern dürfe. Spontan schlossen sich andere Vertreter:innen der Dresdner Literaturszene zusammen und formulierten eine Antwort - aus dieser Gruppe entstand später das Literaturnetzwerk Wortwechsel, das sich mit dem Verhältnis von Literatur und Politik befasst. Der Konflikt um die "Charta" gipfelte seinerzeit in einer vom Kulturamt der Stadt initiierten und leider misslungenen Podiumsdiskussion der beiden Literaturgrößen Uwe Tellkamp und Durs Grünbein im Kulturpalast der Stadt vor großem Publikum und vor allem unter Anteilnahme einer sehr breiten, nicht unbedingt literarisch interessierten, sondern vor allem durch die sog. Flüchtlingskrise polarisierten Öffentlichkeit, an dessen Ende sich auch Götz Kubitschek zu Wort meldete und von der Notwendigkeit einer Vertiefung des Risses in der Gesellschaft sprach. Als Kernmitglieder des hiernach gegründete Literaturnetzwerks konzeptionierten und organisierten die beiden KDZ-Mitarbeitenden zwischen 2019 und 2021 maßgeblich vier literarische Salons mit, denen unterschiedliche Konzepte und Formate zugrunde lagen.

Der erste Salon beschäftigte sich mit dem Verhältnis von Literatur und Politik im Allgemeinen. Der Dialog teilte sich in eine öffentliche Podiumsdiskussion mit einer externen Autorin und einem externen Schriftsteller in einem Dresdner Theater und einem anschließenden Salon mit geladenen Gästen der lokalen Literaturszene, bei dem die Diskussion in Kleingruppen fortgeführt wurde.

Im zweiten Dialog wurde das Thema des ersten anhand der damals aktuellen Debatte um Peter Handke vertieft. Aufgrund von Kurzfristigkeit und der damit verbundenen fehlenden Mittel wurde dieser Dialog ohne Podiumsdiskussion geplant; eine Mitorganisatorin übernahm die Aufgabe eines kurzen Inputs in das Thema, anschließend wurde diskutiert. Der Teilnehmerkreis war kleiner gefasst, sodass der Einfluss der Diskutantenanzahl auf die Dynamik des Formates untersucht werden konnte. So wurde beobachtet, dass eine Erhöhung von Zeit- und Aufmerksamkeitsressourcen zu einer steigenden Beitragsqualität führte. Das gewählte Format beeinflusst die Diskussionsdynamik wesentlich. Während eine öffentliche Podiumsdiskussion zwischen widerstreitenden Extremen von Darstellungszwängen in einer Eskalation enden würde, ermöglicht ein Positionsaustausch in Kleingruppen eine Annäherung. Damit konnte eine wichtige Leitthese des theoretischen Fundaments bestätigt werden, die sich unmittelbar in praktische Ratschläge zur Gestaltung von Diskussionsformaten übersetzen lässt.

Der dritte Dialog zum Thema politisch korrektes Schreiben in der Literatur fand bereits unter Corona-Bedingungen statt. Somit konnte der Einfluss der Digitalisierung auf das erneut variierte Format analysiert werden. Zunächst gab es als Impuls zwei Positionierungen von zwei renommierten externen Schriftsteller:innen, anschließend wurde in moderierten Kleingruppen (Breakout-Räumen) diskutiert. Erneut zeigte sich, dass die Kleingruppendiskussionen sehr fruchtbar waren, darüber hinaus, dass solche Formate mit kleinen Abstrichen (mangelnde persönliche Begegnung), aber auch mit manchen Vorteilen auch sehr gut digitalisiert werden können. Als ein Problem wurde jedoch erkannt, dass in dem Moment, in dem "Special Guests" einer Veranstaltung beiwohnen oder Teilnehmende die Meinung bestimmter anderer Anwesenden interessiert, eine Zuordnung in zufällige Gruppen zu einem gewissen Unzufriedenheitsgefühl führen kann, da man nicht mitbekommt, was in den anderen Gruppen im Detail gesprochen wird, und dort auch nicht mitdiskutieren kann.

Deshalb wurde ein vierter Dialog zum Thema Identitätspolitik und Literatur, der allerdings erst nach Abschluss des Projektes im Juli 2021 stattfand, jedoch wieder analog durchgeführt werden konnte, im Fishbowl-Format konzipiert. Auf einen Input folgte eine äußerst rege, vielschichtige und vor allem sich selbst moderierende Diskussionsrunde, von deren Verlauf und Fruchtbarkeit alle Teilnehmenden begeistert waren, insbesondere auch jene, die zunächst Zweifel an der Dialogidee an sich und dem Format im Besonderen hatten.

Die Gruppe Wortwechsel wird sich nun mit diesem Dialogformat, das sich mit überschaubarem organisatorischem und finanziellem Aufwand durchführen lässt, um den Dialog innerhalb der politisch zerstrittenen Dresdner Literaturszene bemühen.

Corona-Dialoge der AG Dialog Zittau (Aktion Zivilcourage e. V.) (2020-2021) - analog und digital

Seit Sommer 2020 begleitet und unterstützt die Aktion Zivilcourage e. V. mit den ausgebildeten Moderator:innen die bei der Pfd angesiedelte AG Dialog in Zittau bei der Konzeptionierung und Moderation ihrer Dialogvorhaben im Kontext der Auseinandersetzungen um die verordneten Coronamaßnahmen, die in Zittau und Umgebung bereits damals in einem umfangreichen Demonstrationsgeschehen (u.a. der "Stille Protest" an der B98 oder die "Karawane der Vernunft"), in offenen Briefen sowie in einem äußerst scharfen Ton im Internet ausgetragen wurden.

Eine erste Veranstaltung konnte am 01.07.2020 mit 80 Teilnehmenden - zumeist gezielt eingeladene Vertreter der verschiedenen Konfliktparteien - analog durchgeführt werden. Als Format gewählt wurden zunächst anwachsende Kleingruppen (2, 4, dann 8 Pers.) mit jeweils eine konkrete Fragestellung, die schließlich in einer großen Fishbowl-Diskussion mündeten.

Deutlich wurde, dass die Verwerfungen sehr tief waren. Dennoch wurde es von Teilnehmenden als sehr positiv empfunden, nun Menschen gegenüber zu sitzen, mit denen sie sich bspw. auf Facebook massiv gestritten hatten. Kontrahent:innen kamen bei dieser Veranstaltung tatsächlich gut miteinander ins Gespräch. Einig waren sich die Diskutierenden darin, dass es schon viel eher eine solche Veranstaltung wie diese bedurft hätte.

Die Veranstaltung zeigte auch, welchen positiven Einfluss die Räumlichkeit auf einen solchen Dialog hat. Das "Volkshaus" in Zittau ist ein zwar noch unsaniertes, aber eben altes und etabliertes Veranstaltungsgebäude, mit dem viele Zittauer schöne Erinnerungen verbinden. Der Hauptraum - ein Ballsaal mit Bühnenbereich - ist groß und nahezu quadratisch und besitzt für die Kleingruppenarbeit geeignete Seitenbereiche. Trotz coronabedingt strengem Hygienekonzept konnten 80 Personen locker und mit großem Abstand zueinander die Fishbowl bilden. Die Raumfrage wird daher zukünftig noch mehr im Fokus unserer Forschungen und Dialogplanungen mit einfließen.

Im Dezember, März und April folgten dann weitere Dialoge, allesamt dann jedoch digital, aber mit zum Teil sehr großer Resonanz (über 100 Teilnehmende) und sogar deutschlandweitem Medienecho. Die Themenfelder wurden konkreter: die Lage in den Kliniken, die Situation der Kinder, Jugendlichen und Familie. Im Vorfeld wurden die Mitglieder der AG in der Moderation konflikthafter Kleingruppen geschult, da es das Ziel ist, der AG nach und nach selbst mehr Moderationsaufgaben abzugeben. Die Online-Dialoge hatten unterschiedliche Konzepte, teils mit Expert:innen, teils ohne, zumeist mit einem Wechsel von Podiums- und Kleingruppenphasen, aber auf jeden Fall immer mit einem Fokus auf der Beteiligung der Teilnehmenden. Inzwischen hat die AG Dialog auch einen Dialogstammtisch gegründet.

Aus der Krise lernen – Offene Gesellschaft in der (Post-)Corona-Phase (KDZ) (Sommer 2020) – digital

Vom 08.06.20 bis 17.07.20 fanden 23 Online-Veranstaltungen statt, in denen 14 Themengebiete behandelt wurden. Diese wurden von der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung unter zusätzlicher Förderung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung organisiert. Das Projekt KDZ übernahm eine tragende Rolle in der Durchführung (Aktion Zivilcourage) und Evaluation (TU Dresden). Der Evaluationsbericht wurde unter Bochmann, C., Schumacher, U., Hetze, W., Gäbel, D. (2020). Evaluation. Digitale Bürgerdialoge „Aus der Krise Lernen?“ Dresden: Projekt: Krisen-Dialog-Zukunft. DOI: 10.13140/RG.2.2.24188.77441 publiziert.

Während Mitarbeitende der Aktion Zivilcourage Moderations- und technische Aufgaben übernahmen, bot sich für das Team der TU Dresden die Besonderheit, Funktionsweise und Rahmenbedingungen von digitalen Formaten (hier: Webtalk) analysieren zu können. Ziele der

Evaluation seitens der TU Dresden lagen darin, Zielgruppenerreichung und Bedarfe zu reflektieren, die Qualität der Prozessabläufe, aufgetretene Probleme und die Zielerreichung der Online-Veranstaltungen zu untersuchen. Dazu wurden elf Veranstaltungen in Form einer nicht-teilnehmenden Beobachtung anhand eines Leitfadens evaluiert sowie Teilnehmende über eine Online-Umfrage zur Einschätzung gebeten.

“Couragiert debattiert” - neues Debattenformat (Aktion Zivilcourage e.V.) (2021) - online

Zu Beginn 2021 sah die Aktion Zivilcourage e. V. die Notwendigkeit, die zunehmenden Konflikte, die sich aufgrund der umstrittenen Coronamaßnahmen der Bundes- und Landesregierung offenbarten, aufzugreifen und in einem neuen Debattenformat unter dem Titel “Couragiert debattiert” diskutieren zu lassen. Aufgrund der pandemischen Situation erfolgten diese Debatten bislang online. Eine erste Debatte erfolgte zum Thema Schulöffnungen, eine zweite zu den Grenzschießungen zwischen Deutschland und Tschechien (bilingual) und eine dritte zum Thema Pressefreiheit. Das Format sieht ein (virtuelles) Podium mit geladenen Expert:innen vor, an dem sich die andere Teilnehmenden jedoch jederzeit beteiligen können - letztlich handelt es sich um eine Art journalistisch vorbereitete und moderierte digitale Fishbowl. Weitere Themen sind bereits in Planung, ein Projektantrag für eine eigene deutsch-tschechische Debattenreihe bereits bewilligt und eine weitere Debattenreihe zu umstrittenen Begriffen angedacht.

“Ich weiß es besser” - Finanzkrise, Klimakrise, Coronakrise – Was machen Krisen mit uns selbst und mit unserem Miteinander? - (Aktion Zivilcourage e. V.) (2021) - analog (outdoor) und digital

Gegen Ende der verlängerten Projektlaufzeit entwickelte die Initiative gesprächsbereit angesichts der sich auch in Dresden verschärfenden Kontroversen um und der sich mehrenden Demonstrationen gegen die staatlichen Coronamaßnahmen auf Anregung des Lokalen Handlungsprogramms für ein vielfältiges und weltoffenes Dresden (der lokalen PfD) gemeinsam mit Moderator:innen der anderen Schulungsjahrgänge ein neues Pilotprojekt, um in Zeiten konflikthafter Krisen wieder einen Dialog zwischen sehr verschiedenen denkenden Menschen zu ermöglichen.

Weshalb fühlt sich der eine von Corona-Maßnahmen in seiner Freiheit eingeschränkt, die der andere für unausweichlich und notwendig hält und sich ihnen daher klaglos und ohne sich seiner Grundrechte beraubt zu sehen unterordnet? Warum heißen die einen Geflüchtete willkommen, während andere mit Angst und Ablehnung reagieren? Und wieso sehen die einen in der aktuellen Klimakrise eine Vorboten einer großen Klimakatastrophe, die anderen jedoch eine natürliche Schwankung im klimatischen Weltgeschehen? Welchen Einfluss haben eigene biografische Erfahrungen, Prägungen und vielleicht sogar Ängste auf unsere Meinungsbildung? Diese Frage wird im Streit (nicht nur im politischen) leider allzu selten gestellt, da es einfacher ist, Kontrahent:innen moralisch und intellektuell abzuqualifizieren, als sie verstehen zu wollen. Wer aber bereit ist, der Frage, *weshalb* ein politisch Andersdenkender eigentlich eine andere Meinung hat als man selbst, auf den Grund zu gehen, kann vielleicht auch wieder einen konstruktiven Dialog beginnen, da das Gegenüber nicht mehr als „Covidiot“ ins persönliche gesellschaftliche Abseits gestellt, sondern als ein Mensch mit ernst zu nehmenden Gründen für seine Haltung wahrgenommen wird, der letztlich ja eigentlich ebenso wie man selbst nur das Beste für die Gesellschaft möchte. Die Haltung mag man weiterhin ablehnen, seine

Gründe aber vielleicht immerhin nachvollziehen können. Dies ist der Ansatz, den dieses neue Dialogprojekt verfolgt, das auf Prinzipien der *Thérapie sociale* nach Charles Rojzman beruht.

Der erste Dialog hat inzwischen bereits stattgefunden. In moderierten Kleingruppen wurde darüber gesprochen, wie Krisen persönlich erlebt werden und was sie mit uns und unserem Umfeld machen. Im Zentrum standen intensive Selbstreflexion, intensives Zuhören und ein intensives Eintauchen in die Welt der Anderen. Dass dies für viele Teilnehmende eine vollkommen neue und äußerst bereichernde Erfahrung war, wurde am Schluss im Plenum deutlich, als die Gespräche, die in den Kleingruppen stattgefunden haben, gemeinsam reflektiert wurden. „Noch mehr, noch tiefer“, war der begeisterte Wunsch einer Teilnehmerin für die nächsten Dialoge, „Wenn man mit den Augen des anderen sieht, lernt man enorm!“, das Feedback eines weiteren Teilnehmers. Diese kleine Dialogreihe soll für eine Fortführung im kommenden Jahr in einen größeren Projektantrag münden.

Corona Dialoge in der Bergstadt Freiberg (TU Dresden, Aktion Zivilcourage e. V.) (Frühjahr 2021)

Die Lockdowns der zweiten und dritten Welle im Winter 2020 / Frühjahr 2021 bewirkten eine spürbare Polarisierung der Gesellschaft in Befürworter und Gegner der Maßnahmen. Durch die gesetzlichen Regelungen der Kontaktbeschränkungen war es jedoch nicht möglich, die verschiedenen Standpunkte offen und kontrovers zu diskutieren. Es fehlte ein öffentlicher Raum für die Bürger:innen. Zunehmend nahmen Maßnahmengegner sich solche Räume in nicht-angemeldeten Protesten einfach.

Aus solchem Grund wurde das Projekt Krisen-Dialog-Zukunft am 26.05. in die Bergstadt Freiberg eingeladen. Dort waren zuletzt bis zu 1000 Personen als "Montagsspaziergänger" auf die Straße gegangen, u.a. mit Beteiligung extremistischer Gruppen. In der Nikolaikirche tauschten sich nun Menschen aus Freiberg zwei Stunden lang über ihre Sicht auf die geltenden Schutzmaßnahmen in der Coronapandemie aus. Unter ihnen waren Studierende, Unternehmer:innen, Professor:innen, Rentner:innen, Vertreter:innen von Kirche und Politik sowie Mitarbeitende von Stadt und Landkreis. Die Debatte in Form einer Fishbowl-Diskussion verlief kontrovers, aber fair. Es wurde viel Frustration über die letzten Monate artikuliert. Über die Veranstaltung wurde einige Presseberichterstattung und Diskussion in sozialen Medien generiert.

Bei einer zweiten Veranstaltung am 22.06. wurde dann gefragt: „Wie geht's bergauf nach dem Lockdown?“ In einem World Café tauschten sich die Gäste zu den Themen "Innenstadtentwicklung", "Presse", "Veranstaltungen" und "Stadtgesellschaft" aus und erarbeiteten Wünsche, Forderungen und Pläne für die nächsten Monate. Die Veranstaltungsreihe wird von Seiten der Stadt autonom weitergeführt.

„Lasst-uns-streiten“ Online-Dialoge (SLpB, Auswertung TU Dresden) (2018-21)

Nachdem schon 2016 der Online-Dialog „Lasst uns streiten!“ der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung gestartet war, arbeitete das Projektteam der TU Dresden im Projektzeitraum an insgesamt acht Online-Dialog-Runden mit. Die Mitarbeit umfasste vorrangig Auswertungen in Form von qualitativen Inhaltsanalysen, aber auch die Mithilfe bei der Thesenerstellung und Moderation von Beiträgen. Im Jahr 2018 wurden drei Dialogformate der Reihe „Lasst uns streiten!“ zu den Themen „Netzpolitik und Demokratie“ (28.05.-25.06.), „Sind die Sachsen

so schlecht wie ihr Ruf?“ (03.-28.09.) und „Alles nur heiße Luft – Der Online-Dialog zum Klimawandel“ (25.11.-21.12.) durchgeführt.

Der Online-Dialog „Netzpolitik und Demokratie“ zeigte, dass digitaler Wandel im Allgemeinen und Netzpolitik im Besonderen die Menschen auf vielen Ebenen beschäftigt. Deutlich wird, dass etliche Beiträge ein verantwortungsvolles Handeln sowohl vom einzelnen Konsumenten/Bürger als auch von Wirtschaft und Politik einforderten. Die größte Resonanz dieses Dialoges erfuhr die These zur digitalen Medienbildung als Schulfach. Viele legten Wert darauf, festzuhalten, wie wichtig Schule als Ort der Medienbildung sei. Dies sollte von der Bildungspolitik als Aufforderung verstanden werden, die bisherigen Bemühungen zu intensivieren.

Der Online-Dialog im September startete neben den Ereignissen von Chemnitz und beinhaltete vielmals Kritik an der Pauschalisierung „der Sachsen“ in Medien und öffentlichen Debatten. Laut den Teilnehmenden sollten statt Symptombekämpfung vielmehr die realen Probleme anerkannt und angegangen werden. Ebenso häufig wurde auf die Erfahrungen mit der friedlichen Revolution und der darauffolgenden gesellschaftlichen Transformation verwiesen. Diese Erfahrungen wurden als Identitätsquelle und als Ursache erlittener Verluste und noch vorhandener Wissenslücken in der politischen Kultur gedeutet. Insgesamt wurden Erwartungen an „den Staat“ und „die Politik“ deutlich kommuniziert, während wenig konkrete Gestaltungswünsche oder -praktiken artikuliert wurden – die jedoch auch nicht im Fokus der Thesen standen. Wichtige Lehren für die politische Bildung ergeben sich in der Wichtigkeit der Förderung von Fähigkeiten zur Perspektivübernahme – die Überzeugungen der anderen sollten nicht von vornherein für sinnlos erklärt werden, vielmehr sind im Umgang miteinander Verständnis und Respekt gefordert.

Der letzte Onlinedialog des Jahres 2018 zu Klimawandel und Energiewende spannte unterschiedliche Diskussionsebenen auf: räumliche (regional – national – global), politische (Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Klimapolitik, Lobbyismus), technologische (Branchentrends und Innovationen) und zeitliche Aspekte (jetzige Betroffene – kommende Generationen) wurden erörtert. Dabei brachten die Teilnehmenden viel Wissen in den Dialog ein und knüpften je spezifisch an das komplexe Thema an, wie beispielsweise mögliche Kettenreaktionen von Transformationen im Energiesektor – am Ende trafe dies auch „den Bäcker um die Ecke“. So konnte den Vor- und Nachteilen von Braunkohleabbau und neuen Technologien Raum gegeben werden. Einige Diskutierende forderten, die Gefühle der Menschen stärker in die politische Meinungsbildung und Strategieentwicklung einzubeziehen, da ohne diese kaum tragfähige Lösungen möglich seien.

Das Format der Online-Dialoge wurde 2019 mit den Themen „Politik mit Gefühl? Sachlichkeit und Emotion in politischen Debatten“ (04.-29.03.), „Wohnungsnot hausgemacht?“ (03.-28.06.) und „Sachsen nach der Landtagswahl – wie geht es weiter?“ (16.09.-11.10.) weitergeführt.

Der erste Online-Dialog im Jahr 2019 nahm die hiesige Debattenkultur, Kommunikationsstrategien in Parlament und Wahlkampf sowie die Art und Weise in den Blick, mit der sich die Politik mit Meinungen und Emotionen der Bevölkerung auseinandersetzt. Lebhaftere Debatten in den Parlamenten wurden von vielen Teilnehmenden des Online-Dialoges prinzipiell befürwortet. Wichtig war den Diskutierenden dabei jedoch, dass es sich um sachliche und konstruktive Debatten handelt. Ein „Krawallparlament“, das nur Scheingefechte führt und sich

nicht an grundlegende Diskussionsregeln hält, schien nicht im Sinne der Diskussionsteilnehmenden zu sein.

Der zweite Online-Dialog griff das im Frühsommer 2019 aktuelle, durch eine Berliner Initiative angestoßene Thema der Enteignung großer Wohnungsunternehmen auf. Über dieses Thema hinaus wurden auch allgemeinere wohnungspolitische Fragen wie Möglichkeiten staatlicher Regulierung zur Mietendeckelung debattiert. Zielkonflikte zwischen einzelnen Politikfeldern konnten exemplarisch diskutiert werden, beispielsweise zwischen Umwelt- und Wohnungspolitik. Schließlich führte der Dialog die unterschiedlichen Interessen von Mieter:innen und Vermieter:innen vor Augen. Wenn das Problem der (städtischen) Wohnungsnot systematisch bekämpft werden soll, so wird man nicht umhinkommen, beide Perspektiven zu berücksichtigen.

Der dritte Online-Dialog stand im Zeichen der sächsischen Landtagswahl vom 1. September und den damit verbundenen politischen Veränderungen im Land. Die bisherige Regierung aus CDU und SPD bekam keine Mehrheit und koalitiert seitdem mit den Grünen – zu Recht? Die AfD konnte ihren Stimmenanteil stark ausbauen – hatte sie damit einen Anspruch auf Beteiligung an der Regierung? Diese Fragen riefen eine nicht zu unterschätzende Kontroversität bei den Teilnehmenden hervor. In der sehr ernsthaft geführten Diskussion zeigte sich bei den meisten Thesen eine Zweiteilung in ein Pro-AfD- und ein gegnerisches Lager. Dabei waren die Diskutierenden an vielen Stellen bemüht, Aussagen mit Beispielen aus anderen Ländern zu untermauern, deutlich wurde jedoch, dass in dieser Zeit so gut wie jede politische Frage in Sachsen auf die oben genannte Zweiteilung heruntergebrochen wurde. Mit Toleranzschulungen und der Ausbildung der Fähigkeit zur Perspektivübernahme sollte dem entgegengewirkt werden.

Im Jahr 2020 wurden zwei weitere Online-Dialoge vom TU-Team ausgewertet. Unter dem Titel „Wie weiter Boomer? Gibt es einen neuen Generationenkonflikt?“ (06.01.-31.01.) wurden verschiedene Thesen mit Kontroversen zwischen den Altersgruppen diskutiert. Im Zuge der epidemischen Lage im Frühjahr fand dann der Dialog „Zum Umgang mit der Corona-Krise“ (14.04.-15.05.) statt.

Die Generationenkonflikte wurden entlang der Fridays-For-Future-Bewegung, der (Un)Gerechtigkeit des Generationenvertrages, einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt und anhand des Lebensstandards heutiger und früherer Generationen erörtert. Die Auswertung des Dialogs zeigte, dass viele die Gelegenheit nutzten, um sich an der anderen Generation „abzuarbeiten“. Die Frage nach der Sinnhaftigkeit von Schulstreiks wurde mit Abstand am kontroversesten diskutiert. Während das Solidarprinzip des Generationenvertrages in großen Teilen befürwortet wurde, kritisierten einige das Gesundheits- und Pflegesystem - besonders alternativen Finanzierungsmodellen und gesellschaftlichen Umverteilung wurden in den Fokus gerückt. Auch bei der Beurteilung der Lebenssituation von Rentner:innen im Vergleich zu früheren Generationen waren die Gemüter gespalten, zum einen sei der Lebensstandard allgemein gestiegen, zum anderen seien die Lebenslagen der heutigen Rentnergeneration zu unterschiedlich, die Situation im Pflegebereich und steigende Altersarmut sprächen nicht für die bessere Lebensqualität jeder Person.

Der zweite Dialog fand einige Wochen nach dem ersten Lockdown (März 2020) statt. Diskutiert wurden die verschärfte soziale Ungleichheit, die Frage nach der Legitimität von Grundrechtseinschränkungen und die Sinnhaftigkeit von nationalen und föderalistischen Lösungen.

Während die verstärkte soziale Ungleichheit von fast allen Teilnehmenden bejaht wurde, sah es bei Grundrechtseinschränkungen anders aus. Es wurde an mehreren Stellen deutlich, dass der Diskurs über die Zweckhaftigkeit einzelner Maßnahmen zu kurz gekommen sei, insbesondere soziale und wirtschaftliche Folgen der Beschränkungen seien nicht ausreichend beachtet worden. Weitere Teilnehmende meinten, dass sie auf Grundrechte nicht gänzlich verzichten wollten, aber dennoch Maßnahmen zur Einschränkung akzeptieren würden. Andere wünschten sich die Umgehung von Grundrechtseingriffen bei gleichzeitiger Einhaltung des Infektionsschutzes. Bei der Frage nach der Pandemiebekämpfung über Landesgrenzen hinweg wurde oft der Ist- und Soll-Zustand verglichen: Meist wünschte man sich eine internationale Lösung, in der Realität sei dies jedoch kaum passiert. Letztlich sprachen sich gleich viele Personen für und gegen zentralstaatliche Koordination aus. Begründet wurde dies mit dem entstehenden „Flickenteppich“, dem möglichen „Konsumtourismus“ und dem „Provinzfürstentum“ der Ministerpräsident:innen. Andere sprachen sich für regionale Lösungen nach dem Subsidiaritätsprinzip aus. Bei diesem Dialog zeigte sich außerdem, dass vor allem im Verständnis des politischen Systems und seiner grundgesetzlich verankerten Ausgestaltung noch Lücken vorhanden sind.

Erfolgsfaktoren der Moderation

Die erste empirische Erhebung des Projekts galt den Erfolgsfaktoren von Bürgerdialogen. Dafür fanden im Juli/August 2018 qualitativ strukturierte Interviews mit neun Moderator:innen kommunaler Asyldialoge statt. Diese wurden bis zum Jahresende in Form einer MAXQDA gestützten Grounded Theory ausgewertet. Dieses Erhebungsinstrument wurde ebenfalls bei der FH Münster eingesetzt. Erfolgreiches Handeln von Moderator:innen umfasst, z.B. . Veranstaltungen vorbereiten, mit Emotionen umgehen (Entemotionalisieren), Vertrauen, Wertschätzung und Akzeptanz vermitteln, Grenzüberschreitungen zulassen, Diversität abbilden, Gemeinsinniges aufzeigen, Verhaltensweisen offen ansprechen, Kleingruppen bilden usw. Ebenfalls wichtig ist das Bewusstsein für das virtuell anwesende Publikum als „unsichtbare Dritte“, die einen erheblichen Einfluss auf die Atmosphäre und die Beeinflussung der Gesprächsführung haben. Auf Grundlage dieser empirischen Erhebung wurde das Schulungsprojekt in AP 3.1 etabliert. Ende 2019 begann die Ausbildung von Moderator:innen aus der sächsischen Zivilgesellschaft.

Aufgrund der Grounded Theory als Basis der Theorieentwicklung wurden die Befunde mit den Praxispartnern rückgekoppelt. Ziel war dabei, dass sich die Moderator:innen in ihrem Handeln durch das theoretische Konzept verstanden fühlten. Am 31.08.2019 fand dazu ein Workshop statt, in dem die theoretischen Befunde vorgestellt und diskutiert wurden.

Aus den Befunden dieses Arbeitsschrittes lässt sich ableiten, dass zum Gelingen von Dialogveranstaltungen und Bürgerversammlungen, eine professionelle Prozessgestaltung ebenso wie eine Akteursanalyse im Vorfeld und die Stimmigkeit von Einladung, Veranstaltungstitel und erwartbaren Ablauf wesentlich sind. Die Auswahl kompetenter Sachverständiger, die klare Vermittlung von Diskussionsregeln, eine damit einhergehende, konsequente und gleichzeitig flexible Gesprächsführung, sowie ein Grundvertrauen in die Selbstregulationskräfte des Publikums, sollte unbedingt berücksichtigt werden. Einen positiven Effekt hatte außerdem die verständliche Vermittlung komplexer politischer Zusammenhänge und die daraus folgende Erklärung gegebener lokaler Handlungsspielräume in Asyl und Integration. Das Ernstnehmen

der Anliegen der Bürger:innen und die Berücksichtigung dessen in den einzelnen Diskussionen zeigte ebenfalls eine hohe Wirksamkeit.

Moderationsschulungen

Im Rahmen der experimentellen Weiterentwicklung des Projektes beabsichtigte KDZ die Befunde zeitnah zu verwerten und in die politische Bildungsarbeit einfließen zu lassen. Daher startete im Herbst 2019 wie geplant die erste Moderationsschulung (AP 3.1). Diese diente zum einen der Aus- und Weiterbildung der eigenen Projektmitarbeitenden, stand aber andererseits auch Multiplikator:innen der sächsischen Verwaltung und Zivilgesellschaft offen. Im Rahmen einer offenen Ausschreibung meldeten sich weit über 50 Interessierte, von denen schließlich 27 Personen ausgewählt wurden, davon insgesamt zehn Kolleg:innen aus dem Projekt KDZ und seinen Trägerinstitutionen. Darunter befinden sich Vertreter:innen der Kommunalverwaltung, der Migrantenselbstorganisation, aus der Transformationsforschung, neue Mitglieder der Initiative Gesprächsbereit sowie Ehren- und Hauptamtliche aus vielen anderen Initiativen und Vereinen. Ziel ist es, aufgrund der Erfahrungen der vergangenen Jahre mit einer Vielzahl an krisenhaften Bürgerdialogen in ganz Sachsen fundierte Grundlagen für die Moderation von kommunalen Krisensituationen zu vermitteln. So können diese Moderator:innen bei Bedarf in den Kommunen für die Beratung und Moderation von Bürgerdialogen und anderen Bürgerbeteiligungsformaten eingesetzt werden. Der Antrag sah ursprünglich eine Moderatorenschulung nach den Ansätzen der *Thérapie Sociale* durch Charles Rojzman vor. Wie bereits kommuniziert, haben die Erfahrungen der Projektpartner in den letzten zwei Jahren sowie die ersten Forschungsergebnisse des Projektes jedoch gezeigt, dass eine Schulung in dieser Methode allein nicht zielführend sein kann.

Die Inhalte der Schulungen wurden daher aufbauend auf den Befunden der theoretischen Arbeiten in den Arbeitspaketen AP1 und AP2 entwickelt. Dabei standen erfahrene Moderator:innen der Praxispartner zur Seite, die 2015 die kommunalen Asyldialoge in Sachsen entwickelt hatten, auf denen die Genese des Projektes KDZ beruht. In enger Abstimmung mit den Kollegen von der TU Dresden und der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung umfasste der Ausbildungsplan zunächst sieben Module, die verschiedenste Kompetenzen im Hinblick auf Konfliktmoderation vermitteln. Diese ein- bis zweitägigen Module behandelten folgende Schwerpunkte: A1 Grundlagen der Moderation, A2 Grundlagen der *Thérapie Sociale*, A3 Moderation von Veranstaltungen, A4 Journalistisches Moderieren, A5 Moderation von konfliktträchtigen Situationen, A6 Rhetorik, Sprache, Kommunikation, A7 Praxisplanung und Kommunikation. Das erste Treffen der Gruppe fand vom 29.-30.11.2019 in Pirna statt.

Die erste Moderationsschulung wurde zeitlich großzügig mit großen Abständen zwischen den einzelnen Modulen und komplett analog geplant, geriet aber schon bald unter den Einfluss der Pandemie. Dennoch konnte sie, wenngleich mit Verzögerung, in Präsenz beendet werden. Die zweite Moderationsschulung startete im Herbst 2020 mit nun zehn Modulen - sie wurde unter anderem um die Module "Rhetorik" und aus gegebenem Anlass "Technische Grundlagen der Moderation von Online-Dialogen" ergänzt und aus pädagogischen Gründen in gewollt kleiner Gruppengröße (17 Teilnehmende) durchgeführt. Zunächst noch optimistisch analog geplant, musste sie im Verlauf dann schließlich doch digitalisiert werden, da die Dauer

des Lockdowns und die weitere Pandemieentwicklung nicht absehbar waren. Die dritte Moderationsschulung schließlich, die im Frühjahr 2021 begann, wurde dann aufgrund von Corona von Beginn an digital geplant und auch vollständig digital durchgeführt.

Insgesamt umfassen die Schulungen nun folgende, zumeist ein- bis zweitägige Einzelmodule:

- Grundlagen der Moderation
- Grundlagen der verbalen und nonverbalen Kommunikation
- Grundlagen der Rhetorik
- Moderation von Veranstaltungen
- Journalistisches Moderieren
- Technische Grundlagen der Moderation von Online-Dialogen
- Eigene Haltung und innere Widerstände bei Moderationen
- Gewaltfreie Kommunikation
- Moderation von konflikträchtigen Situationen
- Praxisplanung und Vertiefung

Zielgruppen der Schulungen waren stets sowohl haupt- und nebenamtliche Mitarbeitende staatlicher als auch nicht-staatlicher Institutionen und Initiativen sowie von Religionsgemeinschaften, mit Migrationshintergrund (Sprachniveau mindestens C1, bislang Arabisch und Russisch sprechende Muttersprachler:innen), um bei Bedarf auch Moderator:innen in die Kommunen vermitteln zu können, die ggf. auch sprachlich verschiedenen Communities zu erreichen vermögen. Da das Team in der Ausbildung außerdem sehr intensiv auch mit den Vorerfahrungen der Teilnehmenden arbeitete, die gemeinsam multiperspektivisch reflektiert wurden, achtete das KDZ-Team bei der Zusammenstellung der Ausbildungsgruppen auf eine möglichst große Diversität. Die Teilnehmenden erhielten bereits während der sehr praxisorientierten Ausbildung mit einem hohen Übungsanteil die Gelegenheit, bei Dialogveranstaltungen zu hospitieren, mit uns gemeinsam Veranstaltungen zu analysieren, selbst kleine Moderationen (bspw. Kleingruppenmoderationen) zu übernehmen oder mit dem Projekt gemeinsam Dialogformate zu entwickeln.

Pflege des Moderatorenpools

Die in unseren Schulungen ausgebildeten Moderator:innen wurden auch nach der Ausbildung engmaschig von KDZ betreut. Neben einem regelmäßigen Newsletter mit Berichten zu vergangenen Moderationen, Moderationsangeboten und anderen Hinweisen wie rechtlichen Fragen, interessanten Links zu Veröffentlichungen etc. etablierte das Projekt 2021 einen digitalen Moderationsstammtisch, bei dem Erfahrungen ausgetauscht werden können und kollegiale Fallberatungen erfolgen. Außerdem boten die Projektmitarbeitenden weitere Fortbildungen und Vertiefungen zu verschiedenen Schwerpunktthemen wie bspw. zu verschiedenen speziellen Dialogformaten sowie die gemeinsame Analyse von gestreamten oder anderweitig digital verfügbaren Dialogveranstaltungen an - gerne auch von eigenen Moderationen. Dialogformate und Moderationskompetenzen mit den ausgebildeten Moderator:innen gemeinsam weiterzuentwickeln und die Teilnehmenden aus den verschiedenen Schulungsdurchgängen gut miteinander vertraut zu machen, um bspw. auch harmonische Doppelmoderationen zu ermöglichen, war hierbei das Ziel des Projektes.

2. Wichtigste Positionen des zahlenmäßigen Nachweises

Das Projekt beschäftigte an der TU Dresden vier Mitarbeitende mit Stundenanteilen von 25-100% im Zeitraum 1.3.2018 bis 28.2.2021, sowie zwischen zwei und fünf studentische Hilfskräfte für Zuarbeiten, Recherche und Datenerhebung. Die Projektleiterin erledigte die Koordination und wissenschaftliche Steuerung, die akademischen Mitarbeitenden (2 Post-Docs, ein Prä-Doc) die Theoriebildung, Datenerhebungen, die Konzeption von Evaluationsinstrumenten und Umsetzung der Begleitmaßnahmen sowie eine vielfältige Vernetzung mit Praktiker:innen. Aufgrund der Wandlung von Präsenzformaten in Online-Formate und des Wegfalls vieler Dienstreisen im Zuge der Corona-Pandemie wurden weniger Mittel für Dienstreisen und zum Teil auch für Sachmittel abgerufen als ursprünglich gedacht. Gesparte Kosten wurden z.B. in einen Werksvertrag für eine Projektpublikation umgewandelt.

Bei der Aktion Zivilcourage e. V. waren im Zeitraum 1.3.2018 bis zum Ende der Laufzeitverlängerung am 30.6.2021 drei Mitarbeitende mit dem Stundenanteilen von 12,5-87,5 % im Projekt beschäftigt. Durch die langfristige Erkrankung der hauptverantwortlichen Projektmitarbeiterin bei der Aktion Zivilcourage e. V. wurde ein Wechsel notwendig. Der Aktion Zivilcourage e. V. als Praxispartner oblag in erster Linie die Planung und Durchführung der Moderationsschulungen, die Pflege des Moderator:innenpools, die Beratung von Kommunen sowie die Koordination der Moderationseinsätze.

Da die Moderationsschulungen nicht wie zunächst geplant mit Charles Rojzman nach den sehr zeit- und kostenintensiven Methoden der Thérapie Sociale durchgeführt wurden, sondern basierend auf den langjährigen Erfahrungen der Kolleg:innen im Rahmen des Projekts „Kommune im Dialog“ sehr viel breiter und praxisnaher konzipiert wurden und somit in weiten Teilen von Kolleg:innen der Aktion Zivilcourage e. V., der TU Dresden und der SLpB durchgeführt werden konnten, fielen die Kosten für die Schulungen sehr viel geringer aus, als ursprünglich geplant, so dass auch eine Laufzeitverlängerung für die Durchführung einer weiteren Schulung beantragt werden konnte. Durch die Corona-Pandemie mussten die Schulungen außerdem teilweise digitalisiert werden, was zu einer weiteren Kostensenkung beitrug. Insgesamt wurden für die Moderationsschulungen knapp 30 000 € ausgegeben.

Für Moderationen wurden nur etwas mehr als 1000 € verausgabt. Dieser geringe Wert hat verschiedenen Ursachen: 1. konnte oft auf eigenen Mitarbeiter:innen zurückgegriffen werden, 2. flossen insbesondere von Seiten der Initiative gesprächsbereit auch ehrenamtliche Arbeitsstunden ein und 3. standen für die Bezahlung der Moderator:innen oft auch kommunale u. ä. Finanzmittel zur Verfügung, wie es der Projektantrag auch vorsah.

Das Projekt beschäftigte an der FH Münster einen Mitarbeiter mit 100% im Zeitraum 1.3.2018 bis 28.2.2021, sowie einer studentischen Hilfskraft für Zuarbeiten, Recherche und Transkription. Der Projektleiter übernahm die Datenerhebungen und Auswertung. Zu näheren Details der Forschungsaktivitäten siehe Abschlussbericht des Verbundprojektes: Krisen-Dialog-Zukunft im Teilprojekt: Dialogverfahren in lokalen und regionalen Konflikten in NRW
Projektleitung: Dr. Sebastian Kurtenbach / Dr. Helge Döring; Förderkennzeichen: 01UG1829BX; Kassenzeichen: 810303973327

Hinsichtlich des Kostenpunkts „Transferveranstaltungen“ sei neben den Publikationen (siehe Pkt. 6) insbesondere die Tagung „Mit dem Bürger fürs Gemeinwohl? – Kommunale Dialoge in

Zeiten von Krisen und Umbrüchen gestalten“ genannt. Vor einem Publikum aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft stellten die Wissenschaftler:innen des Projektes am 11. September 2020 in Dresden zum einen ihre Forschungsergebnisse zur Rolle von Bürgerdialogen in Konfliktsituationen vor. Zum anderen luden sie zu einer Diskussion darüber ein, wie Bürgerbeteiligung zum Erfolg werden kann. Hierbei entstand ein erhöhter Kostenaufwand aufgrund der nötigen technischen Unterstützung für die hybride Durchführung der Veranstaltung, wobei die SLpB freundlicherweise erhebliche Kosten übernahm und diese damit außerhalb des Projektbudgets gedeckt wurden.

3. Notwendigkeit und Angemessenheit der geleisteten Arbeit

Sowohl der dem Projekt zur Verfügung gestellte Haushalt als auch die zeitliche Dimension der Arbeit waren notwendig, um das intendierte Arbeitsprogramm ordnungsgemäß durchzuführen und die Nachfrage in Politik und Gesellschaft nach Bürgerdialogen in Zeiten von Krisen zu sättigen.

Dabei traten bislang nachfolgende Probleme auf: Bürgerdialoge als Zusatzaufgabe erzeugen eine Mehrbelastung für die ministerialen Fachabteilungen und Kommunalverwaltungen, die sie von ihrem Kernarbeitsfeld abhält und in denen die Expertise für eine wissenschaftlich fundierte Begleitung und Evaluation nur begrenzt vorhanden ist. Anlassbezogene Mitwirkung von Bürger:innen in Dialogformaten ohne verstetigte Strukturen war ineffizient, da das Erfahrungswissen in jeder Abteilung und in jeder Kommune eigenständig generiert wird und selten ein Austausch stattfindet. Mithin fallen die Kosten für den Wissenserwerb immer wieder erneut an und können nicht durch Bündelung und Redundanzvermeidung gesenkt werden. Auch gehen die erworbenen Kenntnisse wieder verloren, wenn der Anlass weggefallen ist, und müssen wieder erzeugt werden, wenn ein neuer Anlass entsteht. Auch fehlte es bisher an wissenschaftlicher Begleitung und fundierter Theoriebildung zur Wirkung von Bürgerdialogen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Für eine angemessene Wirkung des Projektes standen daher folgende Punkte im Vordergrund:

Durch eine gute Kommunikation wird ein transparenter Informationsfluss geschaffen, der für

- Kommunen oder staatliche Stellen den Vorteil hat, das dezentrale Wissen der Einwohnenden zu erschließen, über deren Relevanzen ins Bild gesetzt zu werden und sowohl Widerstände wie Unterstützungspotenziale zu identifizieren.
- Bürger:innen den Vorteil hat, kommunales oder staatliches Handeln nachzuvollziehen, dieses mitzugestalten und sich in den Entscheidungen wiederzufinden.

Auf diese Weise konnte Legitimität gewonnen werden und die Distanz zwischen Bevölkerung und Verwaltung/Politik verringert werden. Dies senkte die Kosten bei der Umsetzung kommunaler bzw. staatlicher Maßnahmen, indem Konfliktpotenzial frühzeitig bearbeitet werden konnte. Gesellschaftliche Teilhabe- und Mitbestimmungsprozesse wurden somit gefördert und unterstützt.

Eine gute Kommunikationskultur zwischen Verwaltung, Politik und Bevölkerung förderte entsprechend der Ziele der Förderlinie demokratische Aushandlungsprozesse und wirkte stärkend auf die Zivilgesellschaft. Damit konnten jene Kompetenzen eingeübt werden, die eine aktive Bürgerkultur und allgemeine Streit- und Konfliktfähigkeit fördern. Damit arbeitete das

Projekt an den Grundvoraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben einer diversen Gesellschaft, in der Anerkennung und Wertschätzung von Vielfalt durch die Bürger:innen vor Ort in ihrem jeweiligen Lebensumfeld beginnt. Dialoge haben sich im Verlauf der Projektlaufzeit dabei zunehmend als Arbeitsfeld der politischen Erwachsenenbildung etabliert, in welchem Widersprüche und Konflikte einer heterogenen Gesellschaft konstruktiv bearbeitet werden können, und zwar nicht nur kognitiv, sondern vor allem auch affektiv. Im Sinne des Art. 20 GG Abs. 2 („Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“) ist der Austausch zur Herstellung gesellschaftlicher Akzeptanz gegenüber demokratischen Institutionen und der Stabilisierung des politischen Systems zudem notwendig. Demokratische Teilhabe, Rechtsstaatlichkeit und Schutz der Menschenrechte müssen stets in interaktiven kommunikativen Prozessen vermittelt und erlebt werden.

Responsivität als Bestandteil guter Kommunikation signalisierte den Beteiligten, dass ihre Anliegen und Ideen wahrgenommen werden, sodass hemmende Resignation abgebaut wird und kreative Potenziale auf allen Seiten stimuliert werden. Politik konnte die gestiegenen Erwartungen an Beteiligung erfüllen und Konfliktpotenziale abbauen. Nur partizipativ gestaltete Prozesse und eine wirkungsorientierte Kommunikation politischer Verantwortlicher mit den Bürger:innen ermöglichten rechtzeitiges Problembewusstsein und anschließend innovative Lösungen für Herausforderungen der Demokratie sowie der Gestaltung von Vielfalt und Prävention von Extremismus in den letzten drei Jahren. Der Austausch kommunaler Verantwortungsträger:innen untereinander stellt eine Grundvoraussetzung des institutionellen Lernens sowie der Übernahme guter Lösungen für Konflikt- und Krisensituationen dar.

4. Verwertbarkeit des Ergebnisses

Wirtschaftliche Verwertung

Die neu entwickelten Dialogverfahren hat das Projekt politischen Akteuren in sächsischen Kommunen (z.B. Dresden, Bautzen, Zittau, Freiberg), auf Landesebene (Staatskanzler / Ministerpräsident Kretschmer, SMS) und zivilgesellschaftlichen Institutionen und Gruppen angeboten, wenn diese mit blockierten Willensbildungsprozessen konfrontiert waren (siehe ausführlich Pkt. 1 Pilotprojekte). Um Krisensituationen möglichst konstruktiv und polarisierungshemmend zu bearbeiten, bedurfte es hierbei zahlreicher synergetischer Handlungsansätze auf kommunaler und regionaler Ebene. Ein sehr bedeutender Ansatz lag, neben den generellen Kommunikationsbedarfen, in einer dialogorientierten Kommunikation nach außen zu den Bürger:innen. In Weiterentwicklung von einer „klassischen hoheitlichen Verwaltungstradition“ zu einer am Bürger orientierten Verwaltung im Sinne einer „street working bureaucracy“, bedurfte es dabei von Seiten des Projektes „Krisen-Dialog-Zukunft“ der Koordination und des Erfahrungsaustauschs, des Angebots von Fortbildungsmöglichkeiten sowie der moderativen Hilfe zu einer Konfliktüberwindung in Dialogen.

In den Dialogen (zu den Pilotprojekten siehe Pkt. 1) traf das Team weiterhin auf unterschiedlichste Bürger:innen. Ein Fokus unserer Arbeit bestand darin, innerhalb des demokratischen Spektrums einerseits jene zu Wort kommen zu lassen, die hohen Artikulationsbedarf aufweisen und andererseits gezielt jene, die von politischer Partizipation bislang eher ausgeschlossen waren. Dabei wurden Betroffene direkt in die Entwicklung neuer Dialogformate einbezogen und die Vernetzung untereinander ausgebaut.

Weiterhin vermittelte das KDZ-Team das Handwerkszeug für eine selbständige Konfliktbearbeitung in Veranstaltungen an Multiplikator:innen und Öffentlichkeit. Dies geschah meist in Kooperation, mit Landesministerien, den Landeszentralen für politische Bildung, dem Deutschen Landkreistag, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, der Bundeszentrale für politische Bildung oder wissenschaftlichen Fachvereinigungen. Durch diese Partnerschaften erschlossen sich große und wechselnde Teilnehmerkreise.

Beispielhaft sei hier der Kommunaldialog: "Kommunale Konfliktbewältigung- Bürgermeister:innen und Landrät:innen im Dialog" genannt. Die Veranstaltung am 9. Dezember 2020 entstand in Zusammenarbeit mit dem Sächsischen Staatsministerium für Soziales und gesellschaftlichen Zusammenhalt / Demokratiezentrum Sachsen, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, dem Deutschen Landkreistag und der Bundeszentrale für politische Bildung. Das Ziel war es, den Austausch zum Umgang mit Hetze, Bedrohungen und Konflikten zwischen kommunalen Amts- und Mandatstragenden zu ermöglichen, bestehende Hilfsangebote sichtbar zu machen und den Teilnehmenden die Möglichkeit zur Vernetzung zu geben. Die Veranstaltung richtete sich an Bürgermeister:innen, Landrät:innen und Verwaltungsmitarbeitende in Schlüsselfunktionen in Sachsen.

Eine weitere Verwertung war über Menschen aus politischen und zivilgesellschaftlichen Institutionen möglich, die über öffentliche Ausschreibungen rekrutiert wurden und zu Moderator:innen für kommunale Bürgerdialoge weitergebildet wurden. Drei solcher Ausbildungen fanden statt. Teilnehmende erhielten in mehrmonatigen Schulungen das Handwerkszeug, Bürgerdialoge auch in krisenhaften Situationen gelingend zu gestalten, um diese Kompetenz bei Bedarf flächendeckend zur Verfügung stellen zu können.

Wissenschaftliche Verwertung

Vier empirische Studien hat das Projektteam von 2018 bis 2020 durchgeführt. Sie ermöglichten uns, konkrete Einschätzungen zur Beteiligungskultur in Sachsen zu erhalten sowie die theoretisch-konzeptionellen Überlegungen mit den realen Anwendungsbedingungen der Dialogformate rückzukoppeln.

Die erste empirische Erhebung galt den Erfolgsfaktoren von Bürgerdialogen. Es fanden qualitative strukturierte Interviews mit neun Moderator:innen kommunaler Bürgerdialoge im Juli und August 2018 statt, welche in Form einer MAXQDA gestützten Grounded Theory ausgewertet wurden. Die Ergebnisse finden sich im Artikel von Dr. Ulrike Schumacher "Erfolgsfaktoren für kommunale Dialogformate" in unserem Sammelband "Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten".

Die Sächsische Bürgerdialog-Studie erfasste die Erfahrungen und den Bedarf sächsischer Kommunen zur moderativen Krisenbewältigung in Form einer quantitativen schriftlichen Befragung sächsischer Bürgermeister:innen und Landrät:innen im Dezember 2018. Die Ergebnisse werden in David Gäbel (2019) "Bedarfe an neuen Teilnehmungsformaten" ebenfalls im genannten Sammelband veröffentlicht.

Die dritte Studie galt den Teilnehmenden der Bürgerwerkstätten "Miteinander reden" der Sächsischen Staatskanzlei. Diese Teilnehmerbefragung untersuchte von Januar bis Juli 2019 über die Online-Plattform Limesurvey, wie eine Kommunikation auf Augenhöhe gelingen kann und wie sich zivilgesellschaftliches Engagement für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft verbessern lässt.

Die vierte Studie begleitete eine Serie von 23 Online-Webtalks im Sommer 2020. Unter dem Thema "Aus der Krise lernen - Offene Gesellschaft in der (Post-) Corona-Phase diskutierten Bürger:innen mit Expert:innen zu verschiedenen Themenfeldern. Wie schon bei den Bürgerwerkstätten untersuchte das TU-Team die Zufriedenheit der Teilnehmenden in einer umfassenden Befragung.

Sämtliche dieser Studien wurden Open Access publiziert und in den Publikationen des Projektes sowie für Vorträge und Workshops genutzt.

Darüber hinaus entstanden verschiedene Lehrforschungsprojekte an den beteiligten Universitäten. Ein Lehrforschungsprojekt an der FH Münster mit dem Titel: „There is no Plan(et) b. Klimaproteste als Herausforderung für die Soziale Arbeit“ (Gemeinsam gestaltet mit Dr. Sebastian Kurtenbach) sollte weiteres Erhebungsmaterial im Jahr 2020 liefern. Durch die SARS-CoV-2 Pandemie muss nun der mit erheblichem Raum eingeplante Feldforschungsteil umgestaltet werden, da es zurzeit nicht möglich ist, die Schauplätze z.B. rund um den Hambacher Wald aufzusuchen. Doch auch von dieser Lehrveranstaltung erhoffte sich das Team weiteres Material, das mit den anderen Fallstudien und eigenen Beobachtungen vor Ort (Hambacher Wald) kombiniert, in der Buchpublikation von Sebastian Kurtenbach und Helge Döring: „Die Protestgesellschaft“ dargestellt wird.

An der TU Dresden gestalteten Dr. Hetze und Dr. Bochmann im Wintersemester 2019/20 gemeinsam ein Seminar für Masterstudierende „Bürgerdialoge in Sachsen – Ethnomethodologische Fallstudien“. Ein ähnliches Seminar wurde bereits 2018 durchgeführt. Masterstudierende übernahmen darin die Feldforschung in sechs verschiedenen Bürgerdialogen im Zeitraum Oktober 2019 bis Januar 2020. Auch diese Arbeiten werden im geplanten Sammelband „Bürgerdialoge in Zeiten der Krise“ publiziert.

Seit Herbst 2019 entstand des Weiteren unter Betreuung von Cathleen Bochmann eine Masterarbeit zum Thema gesellschaftliche Polarisierung in der Stadt Bautzen, welche einestheils an Vorarbeiten der FH Münster von S. Kurtenbach (2018): „Ausgrenzung Geflüchteter: Eine empirische Untersuchung am Beispiel Bautzen“ anknüpfte und andererseits an die Pilotprojekte der TU Dresden in Bautzen. In der Arbeit wurden qualitative Interviews mit Mitgliedern des Stadtrats geführt und daran untersucht, welchen Einfluss unterschiedliche Wissensbestände und daran anknüpfende Wirklichkeitskonstruktionen auf Polarisierung und Feindschaft in einer Stadtgemeinschaft hatten. Es wurde sehr deutlich, wie eine als unfair empfundene Streitkultur eine Stadtgesellschaft nachhaltig zu spalten vermag.

Weiterhin wurden die generellen Befunde zur Protestforschung, zur politischen Bildung und politischen Kultur sowie den dialogbasierten Verfahren in mehreren Publikationen und Fachvorträgen veröffentlicht. Diese werden in Punkt 6 ausführlich dargestellt.

Im September 2020 fand eine – unter den Verhältnissen von Kontaktbeschränkungen große - hybride Abschlusskonferenz „Mit dem Bürger fürs Gemeinwohl? – Kommunale Dialoge in Zeiten von Krisen und Umbrüchen gestalten“ statt. Hierbei wurden Impulsvorträge von Projektmitarbeitenden und Externen, eine Podiumsdiskussion sowie Diskussionsrunden der Teilnehmenden kombiniert. Die anregenden Diskussionen konnten teilweise in die sich anschließenden Workshops verlagert werden. Teils in Präsenz, teils online durchgeführt, wurden die Themenkomplexe einer mitwirkungsorientierten Verwaltung und des passenden Einsatzes von Formaten gemeinsam beleuchtet. Dabei wurde klar, wie wichtig eine motivierte Verwaltung für gelingende Bürgerbeteiligung ist: diese braucht positive Erfahrungen, um künftig ähn-

lich gelagerten Prozessen offener gegenüber zu stehen. Ziel war dabei, nicht nur Forschungsergebnisse zu präsentieren, sondern diese auch in kommunalpolitisches Handeln zu überführen.

Anschlussverwertung

Hinsichtlich dieser Anschlussverwertung ist für Krisen-Dialog-Zukunft daher besonders das Ziel einer weiterreichenden und praxisorientierten Nutzung der Befunde relevant. Hierbei gelang es nicht nur in den Moderationsschulungen und Weiterbildungen für politisch Verantwortliche umfangreich die nötigen Wissensbestände bei Dritten (z.B. Bürgermeister:innen) zu etablieren, es war auch möglich im Anschluss an das Auslaufen der Förderung des BMBF eine Anschlussfinanzierung für das Projektteam zu erhalten. Seit 1. Mai 2021 finanziert die Robert-Bosch-Stiftung das Projekt anteilig auf drei Jahre weiter. Ab 1.10. wird der Freistaat Sachsen durch das Staatsministerium für Soziales und gesellschaftlichen Zusammenhalt / Demokratiezentrum Sachsen insbesondere die praktische Arbeit und den Wissenstransfer im Freistaat Sachsen finanziell im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ unterstützen. Mit der Bundeszentrale für politische Bildung wurden zudem Absprachen für weitere Modellprojekte im grenznahen Raum getroffen, die Aspekte unserer Arbeit ab 2022 weiterführen werden. Die hohe Nachfrage nach weiterer Expertise im Themenfeld des Projektes „Krisen-Dialog-Zukunft“, aber auch die Problematik der fehlenden Nachhaltigkeit solcher Strukturen der zeitlich begrenzten Projektförderung wurden nach Abschluss der Förderphase sehr deutlich.

5. Fortschritt auf dem Gebiet des Vorhabens bei anderen Stellen

Die Forschung zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, Bürgerdialogen und Krisen hat im Laufe der Projektlaufzeit massiv zugenommen. Einerseits wurde das deutschlandweite, dezentrale Institut für gesellschaftlichen Zusammenhalt gegründet. Andererseits entstanden unzählige Förderprogramme, Initiativen und Projekte, die sich im Zuge der Corona-Pandemie der Bürgerkommunikation widmen. Auch erlebt das Dialogformat der Bürgerräte aktuell einen Aufschwung bei landes- und bundespolitischen Akteuren, während gleichzeitig weitere Formate nach wie vor nachgefragt werden. Besonders intensiv gestaltete sich die Entwicklung von Onlineformaten seit 2020, wobei hier gesamtgesellschaftlich enorme Lernprozesse zu konstatieren sind.

6. Erfolgte oder geplante Veröffentlichungen des Ergebnisses

Zentral für die Ergebnissicherung des Projektes ist der Sammelband von Bochmann, Cathleen und Helge Döring (Hg.). 2020. Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten. Berlin: Springer VS. Dort finden sich alle Befunde der ersten zwei Projektjahre unter Mitarbeit aller Partner des Verbunds sowie weiterer Projekte der Förderlinie. Besonders positiv muss die Aufnahme des Buches in das Publikationsverzeichnis der SLpB gewertet werden, denn damit stand unser Sammelband allen sächsischen Bürger:innen kostenlos zur Verfügung.

Im Projekt entstanden weiterhin folgende Publikationen

- Bochmann, Cathleen. 2022. Bürgerdialoge in Zeiten der Krise - Ethnomethodologische Fallstudien aus Sachsen. Berlin: Springer VS (Im Erscheinen)
- Gäbel, David und Ulrike Schumacher. 2021. Wir kriegen's hin! Praxisheft für kommunale Bürgerdialoge. Sächsische Landeszentrale für politische Bildung.
- Bochmann, Cathleen. 2021. Miteinander Reden - Über die Nutzung und den Erfolg von Bürgerdialogen. In Vogel, Lars, Lorenz, Astrid und Pates, Rebecca (Hrsg.) Ostdeutschland 4.0 - Über die Nützlichkeit einer Kategorie. Berlin: Springer VS.
- KDZ. 2021. Bürgerdebatte online gestalten. Praxishandbuch. Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung.
- Treiber, Janek und Anne Herpertz. 2020. Über die Schwierigkeiten der Thesenformulierung im Online-Dialog. Diskussionspapier. TU Dresden: Projekt KDZ. Open-Access
- Bochmann, Cathleen und Willi Hetze. 2020. Rational Dialogue in Times of Crisis. Journal of Deliberative Democracy. Open-Access.
- Gäbel, David. 2019. Beteiligungsformate aus Sicht kommunaler Verantwortlicher in Sachsen. Netzwerk Bürgerbeteiligung / Stiftung Mitarbeit, 04/2019 vom 16.12.2019.
- Sächsische Landeszentrale für politische Bildung. 2018. Kommune im Dialog. Ein Leitfadens zur Organisation und Moderation von kontroversen Bürgerversammlungen. Dresden: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung.

Im Frühjahr 2019 fand der erste Workshop für kommunale Führungskräfte zum Thema "Bürgerbeteiligung in der Kommune und Region" zusammen mit dem Sächsischen Kommunalen Studieninstitut Dresden (SKSD) statt. 2020 wurde ein landesweiter Kommunaldialog veranstaltet. Weiterhin wurden im Projektzeitraum drei Moderationsschulungen durchgeführt. Als weitere Möglichkeit des Transfers von Wissen präsentierte das Projekt seine Erkenntnisse auf regionalen, nationalen und internationalen Konferenzen, in der Presse und vernetzten uns mit Fachkolleg:innen. Hier einige Beispiele:

"Umstrittenes Krisenmanagement - Wie steht es um unser Vertrauen in die Politik?"
Deutschlandfunk Agenda, 2.6.2021

"Kommunale Konfliktbewältigung", Workshop mit sächsischen Bürgermeister:innen, in Kooperation mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, der Bundeszentrale für politische Bildung, Sozialministerin Köpping und dem Demokratiezentrum Sachsen, 09.12.2020.

Beijing-Humboldt-Forum 2020 "The Challenge of COVID 19 to Domestic Politics & International Order", Webinar, 20.09.2020

"Challenges and Dynamics of the Corona-Pandemic", Webinar University of Karachi, Pakistan, 5.5.2020

Space for Encounter – Overcoming Division, Act Now Conference, Workshop "Using dialogue to strengthen social cohesion – lessons from the "Crisis-Dialogue-Future" project, Wien 16.-18.2.2020,

„Lassen sich Krisen durch Dialog lösen?“ Tagung „1989/90 – Aufbruch ohne Ende?“, Universität Leipzig, 22.11.2019

Workshop kommunale Krisendialoge, Fachtagung "Kommunales Leben braucht Beteiligung" VFB Salzwedel, 14.11.2019 in Magdeburg

Webinar "Success factors of asylum dialogues", 30.10.2019

Beijing-Humboldt-Forum "How to Talk to Citizens. Using Civic Dialogue as a Tool for Progress", University of International Business and Economics, 15.-17.9.2019 in Peking, China,

Workshop mit Moderatorinnen und Moderatoren der Gruppe "Gesprächsbereit" zu den Befunden des Projektes, 31.08.2019,

Sächsische Zeitung vom 22.07.2019 "Petitionen machen Demokratie erfahrbar", SIETAR Europa General Conference "Building Dialogues on Diversity", 29.5.-2.6.2019

Partnerkonferenz der SLpB "Demokratie gemeinsam gestalten. Wie lassen sich bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation in Sachsen stärken?" 13.6.2019, Hauptvortrag

Jahreskonferenz des Demokratiezentrum Sachsen, 4.6.2019, Projektinsel

Workshop "Wissenschaft trifft Praxis - Methoden, Erfahrungen, Mehrwert" 6.-7.5.2019 in Konstanz

Sächsische Zeitung und Deutsch-Sorbisches Volkstheater "Zur Sache Bautzen",

Beijing-Humboldt-Forum "Resources of social cohesion - the role of conflict", University of International Business and Economics, 15.-17.9.2018 in Peking

Konferenz "Gesellschaft im Dialog", 14.9.2018 in Loccum

IPSA Summer School „Concept Analysis in the Web Environment“, 2.-6.9.2018 in Capri

Partnerkonferenz der SLpB „Transformation und Emotionalität als Herausforderung in der politischen Bildung“, 14.06.2018, Dresden

eigene Vortragsreihe für Studierende, Kollegen und Gäste im Wintersemester 2018/19 an der TU Dresden „Ressourcen gesellschaftlichen Zusammenhalts“

7. Beitrag zu den förderpolitischen Zielen

| Anliegen des Programms | Ergebnisse im Projekt KDZ |
|---|--|
| <p>Einen Umgang mit dem gesellschaftlichen Wandel und der Bewältigung daraus resultierender gesellschaftlicher Herausforderungen finden.</p> | <p>Modus und Ausmaß der Konfliktbewältigung stehen in engem Verhältnis zur lokal ausgebildeten Moderationskompetenz. Die sächsische Bürgerdialogstudie zeigte bereits vorhandene Expertise und legte Weiterbildungsbedarfe in der Verwaltung offen. Die Ausbildung eines Moderator:innen-Pools zielte sowohl auf die Stärkung methodischer Kompetenzen auf lokaler Ebene als auch „in der Fläche“. Die damit verbundene Netzwerkbildung ist eine Basis für längerfristige, sektorübergreifende kollegiale Beratung in herausfordernden Situationen des Wandels</p> |
| <p>Klären, wie Zusammenhalt moderner Gesellschaften gesichert werden kann</p> | <p>Zusammenhalt wird stets in kommunikativen Prozessen generiert und muss lebensweltlich angebunden sein. Es zeigt sich, dass Zusammenhalt immer aus dem Lokalen heraus gedacht werden muss. Verwurzelung im sozialen Umfeld und das damit verbundene Sozialkapital stellt eine Grundvoraussetzung dar, dass auch auf höheren Ebenen (Bund, Europa, Global) Zusammenhalt und die Schaffung gemeinsamer Werte gelingt.</p> |
| <p>Herausforderungen von Migration und Integration, dem Zusammenhang von Teilhabe und Gemeinwohl sowie der digitalen Durchdringung des gesellschaftlichen Lebens in den Blick nehmen.</p> | <p>Die untersuchten Bürgerdialoge ermöglichen Auseinandersetzungen über das Gemeinwohl. Dieses ist nicht monolithisch aufzufassen, sondern äußerst vielgestaltig und interpretationsfähig; professionell gestaltete öffentliche Diskurse bieten die Chance, die unterschiedlichsten Gemeinwohlbelange von Bevölkerungsgruppen sichtbar und aushandelbar zu machen (vgl. Schumacher 2020, S. 182f).</p> <p>Die vom Projekt mit organisierte Veranstaltungsreihe „Aus der Krise lernen?“ der SLpB zielte darauf, angesichts der Corona-Krise einzelne Alters- und Interessengruppen in den Dialog einzubeziehen und ihre spezifischen Erfahrungswelten und Betroffenheit – auch auf virtuellem Wege – zur Diskussion zu stellen (bspw. Schüler, Eltern, Religionsgemeinschaften, Sportvereine). Der damit eingeschlagene Weg bietet zukünftig Möglichkeiten, über herkömmliche Expert:innen hinaus auch Menschen</p> |

| | |
|--|--|
| | in ihrer lebensweltlichen, alltäglichen Expertise anzusprechen und einzubeziehen. |
| Die Bewältigung von Krisen und Umbrüchen wird dadurch erschwert, dass diese oftmals gleichzeitig auftreten, häufig interdependent sind und sich wechselseitig verstärken können, unter hohem Zeit- und Entscheidungsdruck auf sie reagiert werden muss und sie von sozialen Konflikten begleitet werden. | Eine bisher klassische Reaktion auf Krisen besteht in der Durchführung einer Podiumsdiskussion mit Politiker:innen und Sachverständigen. Solche Plenumsveranstaltungen sind in überschaubaren lokalen Kontexten bedingt geeignet, verhärtete Fronten aufzulösen, da die Wahrscheinlichkeit ritueller und statusbezogener Verhaltensweisen hoch ist, so z.B. bei einer Dialogveranstaltung in Großenhain. Demgegenüber kann es in einer polarisierten Stadtgesellschaft mittels Kleingruppenformaten eher gelingen, konträre Gruppen und Personen ins Gespräch zu bringen. Dies gelang bspw. bei einem Dialog in Bautzen, bei dem der Fokus weniger auf das Trennende, als auf Gemeinsamkeiten gerichtet wurde. |
| Krisen und Umbrüche eröffnen oft neue, zukunftsfähige Entwicklungsmöglichkeiten, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt langfristig stärken können. | Ob dies der Fall ist kann das Projekt nicht seriös beantworten. Zwar zeigt sich, dass im Zuge von Krisen und Umbrüchen neue innovative Wege gegangen werden und vielfältiges Entwicklungspotential genutzt wird, ob der Grad an gesellschaftlichem Zusammenhalt dadurch aber nur stabilisiert wird oder ob er gestärkt wird, konnte von KDZ nicht gemessen werden. Zumindest lassen sich bei periodischen Veranstaltungen wie den Corona-Dialogen in Freiberg die Effekte beobachten, dass Menschen wieder miteinander ins Gespräch kamen und dass viel Wertschätzung und Anerkennung für die Bereitstellung von Kommunikationsräumen geäußert wurde. |
| Profunde Kenntnisse der einschneidenden Entwicklungen, ihrer Ursachen, Wechsel- und Folgewirkungen sind die Grundlage für belastbare gesellschaftliche und politische Lösungen, die auch langfristig zur Stärkung von Zusammenhalt beitragen | Im Zuge der Corona-Krise fand ein Digitalisierungsschub auch im Bereich öffentlicher Diskurse statt. Das sog. „digital Gap“ zwischen online-affinen Nutzergruppen und solchen, denen es an Ausstattung und/oder Medienkompetenz mangelt, hat sich im Zuge dessen noch vergrößert. Bei der Konzeption von Dialogformaten ist es daher wichtiger denn je, die angestrebten Zielgruppen zu definieren und passgenau anzusprechen. |
| Nicht nur die theoretische, sondern maß- | KDZ unternahm zum Wissenstransfer, z.B.: 3 Moderationsschulungen, die Förderung |

| | |
|---|---|
| <p>geblich interdisziplinäre, auch die empirische und insbesondere handlungspraktische Ebene soll in den Blick genommen werden. Generell soll der Transfer des gewonnenen Wissens an relevante Akteure in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle spielen.</p> | <p>des Erfahrungsaustauschs (Transfertaugung, Kommunaldialog), eine langfristige Verfügbarmachung der Ergebnisse (Website, Publikationen), die Teilnahme u. Präsentation bei Workshops u. Tagungen (SIETAR, VFB Salzwedel, NOW, Konstanz, AZ/Gesprächsbereit), Austausch mit Multiplikatoren in der Zivilgesellschaft (LV Soziokultur Sachsen) oder Weiterbildungen (Kommunaldialog, SKSD)</p> |
| <p>Wissenschaftliche Erkenntnisse sollen unter Einbeziehung von Transfer- und Praxispartnern in der jeweiligen Untersuchungsumgebung generiert und angewandt werden, zum Beispiel im Rahmen von sozialen Innovationen. Die Erprobung neuer, auch unkonventioneller Ansätze mit experimentellem Charakter ist dabei ausdrücklich erwünscht.</p> | <p>Das Projekt erschuf eine Vielzahl an innovativen Pilotprojekten, die bereits ausführlich dargestellt wurden. Beispielhaft genannt sei hier nochmals die Evaluation der Bürgerwerkstätten "Miteinander reden" und "Aus der Krise lernen", die hybride Transfertaugung "Mit dem Bürger fürs Gemeinwohl" sowie die Kooperation zum Kommunalen Dialog mit sächsischen Bürgermeister:innen, welcher sich auf die Problemerkennung von Bedrohungen im Amt und möglichen Lösungen orientierte</p> |
| <p>Wirkungen auf gesellschaftlichen Zusammenhalt werden untersucht: Wie wirken Krisen und Umbrüche – insbesondere in ihrer Vielzahl, Gleichzeitigkeit, Komplexität und Interdependenz auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die Stabilität sozialer und politischer Ordnungen in Deutschland und Europa? Welche Rolle spielen sie für die Entstehung bzw. Verschärfung bestehender gesellschaftlicher Konflikte, für die Radikalisierung von Personen oder Gruppen, das Erstarken extremistischer Parteien oder das Verhältnis von gesellschaftlichen Gruppen bzw. Gesellschaften zu- und untereinander? Wie entwickeln sich in Umbruchsituationen Werte und Normen in pluralisierten Gesellschaften und welche Konsequenzen ergeben sich für den "sozialen Kitt" von Gesellschaften?</p> | <p>Bürgerdialoge können dem Verlust und der Auflösung des öffentlichen Debattenraums entgegenwirken als ein Weg, erlebte Wirklichkeit einander mitzuteilen und miteinander zu teilen; interdisziplinäre Zugänge können fruchtbar gemacht werden, bspw. die Verbindung von herkömmlicher Deliberation mit stadtplanerischen oder künstlerischen Beteiligungsverfahren (deliberative walks, Begehungen im Lebensumfeld); eine Kopplung mit neuen Kommunikationsstrukturen erfahren, wie z.B. einem Bürgerblog (Dresdner Nordosten) zur Bearbeitung konkreter Problemlagen und Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls und der lokalen Identität.</p> |
| <p>Prävention: Wie können Maßnahmen zur Vermeidung unterschiedlich gearteter Krisen aussehen? Wie kann die Widerstandskraft/Resilienz von Gesellschaften gegenüber Krisen und Umbrüchen gestärkt werden?</p> | <p>Es bedarf vor allem einer gezielten frühen Ansprache aller relevanten Zielgruppen, wobei es wichtig ist auch Jugend und vulnerable Gruppen mitnehmen (Uhrzeit, Erreichbarkeit, Mobilitätslösungen). Notwendig ist die kontinuierliche Etablierung von Kommunikationsräumen und die Nutzung von Präventions- und Diskussionsformaten, nicht erst von deeskalierenden Dialogen, wenn bereits hohe Polarisierung erreicht ist.</p> |

| | |
|--|---|
| <p>Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts: Wie kann angesichts der Zunahme von Vielfalt der gesellschaftliche Zusammenhalt innerhalb und zwischen den Ländern Europas bewahrt, gestärkt und/oder wiederhergestellt werden? Welche Bedeutung haben dabei in Krisensituationen u. a. Fragen von Identität und Zusammengehörigkeitsgefühl?</p> | <p>Wir beobachten ein komplexes Identifikationssystem mit den politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Dimensionen Europas. Als Identität wird „die Kontinuität und Konsistenz des Selbsterlebens im Verlauf wechselnder lebensgeschichtlicher und biografischer Umstände bezeichnet“ (Hurrelmann 2006, S. 99). Dieses Kontinuitäts-erleben wird vor allem in Zeiten von Krisen und Umbrüchen herausgefordert. Europäisch dimensionierte Konfliktfelder (Finanzmärkte, Flucht und Migration, Klimawandel, Arbeitslosigkeit) können deshalb auf die persönliche Ebene lokal vor Ort durchschlagen, emotionale Rückkopplungen erzeugen und im unmittelbaren sozialen Umfeld wirksam werden. Auf diese Weise bilden sich anti-europäische Ressentiments als Reaktion auf einen bedrohlich erscheinenden gesellschaftlichen Wandel, der mit einem Rückzug ins Lokale oder Nationale beantwortet wird. In der Folge werden entlang alter Grenzen neue Mauern errichtet und Protestdynamiken angestoßen. Zwei Dimensionen sind für Zugehörigkeiten zentral: Erstens interessiert die handlungsmotivierende Dimension, welche sich in konkreter Zusammenarbeit in politischen Gemeinschaften, Engagement für ein Gemeinwesen sowie in Organisationen- und Institutionenbildung äußert. Hierbei wird Gemeinsinniges konkret für die Bürger:innen erfahrbar. Zweitens geht es um die hermeneutische Dimension, welche sich in Sinndeutungen der politischen Wirklichkeit und Zuschreibungen an politische Systeme und Akteure äußert.</p> |
| <p>Krisen als Problemlöser: Welche Bedeutung haben Krisen und Umbrüche bei der Transformation von zuvor sozial instabilen, konfliktträchtigen Zuständen hin zu einer friedlichen gesellschaftlichen Entwicklung?</p> | <p>Konfliktreiche Situationen können unter Umständen die Selbstregulationskräfte des Publikums in öffentlichen Diskussionen herausfordern (siehe K!D-Bürgerdialoge 2014-2017).</p> |

8. Fortschreibung des Verwertungsplans

Schutzrechte

Schutzrechtsanmeldungen wurden im Rahmen des Projektes nicht intendiert.

Wirtschaftliche Verwertung

Die im Rahmen der Projektarbeit evaluierten und entwickelten Methoden sind prinzipiell auch in betrieblichen Kontexten anwendbar. Digitale Formate wie "Aus der Krise lernen?" sind ebenfalls übertragbar und theoretisch weltweit, mindestens jedoch im europäischen Kontext einsetzbar. Die Adaptionfähigkeit der analysierten und entwickelten Formate und Modelle wie der "Konfliktkurve" zeigte sich nicht zuletzt im regen Interesse bei Präsentationen auf internationalen Konferenzen, wie der SIETAR-Konferenz oder ACT.NOW in Wien. Eine konkrete Umsetzungs- und Transferstrategie, nämlich die Implementierung von Beteiligungskompetenz in deutschen Verwaltungen, wird insbesondere mit dem Anschlussprojekt „Kompetenzzentrum Krisen-Dialog-Zukunft“ unter Förderung der Robert-Bosch-Stiftung und des Freistaats Sachsen verfolgt.

Wissenschaftliche / technische Verwertung

Die Publikationen wurden bereits in Pkt. 6 des öffentlichen Teils beschrieben. Während sich die wissenschaftliche Publikation "Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten" (Bochmann/Döring 2020) eher an ein Fachpublikum richtet, zielen das "Praxisheft" und die "Handreichung zur Durchführung digitaler Dialogformate" noch stärker auf die konkrete Anwendung und stellen praktisches Handlungswissen zur Verfügung. Die "Konfliktkurve" hat ebenfalls einen handlungspraktischen Nutzen, da sie dem Anwender eine Selbstreflexion des gegebenen Settings und die Auswahl und Anpassung geeigneter methodischer Instrumente erleichtert.

Netzwerke

Die gewonnenen Erkenntnisse werden mittel- und langfristig in die sächsische Bildungsarbeit zum Thema Bürgerbeteiligung eingebracht. Ein Ansatzpunkt war ein Seminar beim Sächsischen Kommunalen Studieninstitut (SKSD). Das bundesweite Netzwerk Bürgerbeteiligung und das Deutsche Institut für Urbanistik (DIfU) sind potenzielle Partner für die weitergehende Dissemination. Diese Optionen können aufgrund langjähriger Partnerschaften auch unabhängig von einer Fortsetzung des Projekts realisiert werden.

Der kommunale Konfliktdialog mit sächsischen Bürgermeister:innen (12/2020, in Kooperation mit AZ und BpB) eröffnete neue Möglichkeiten kollegialer Beratung im Verwaltungskontext und kann eine sinnvolle Intervention für kommunale Problemlösebedarfe darstellen. Im Zuge des Anschlussprojektes ist die Fortführung dieses Formats sowie eine deutschlandweite Ausweitung für die Jahre 2021-2024 bereits fest geplant. Zudem entsteht im Winter 2021 ein Runder Tisch kommunaler Dialog unter Führung des Demokratiezentrum Sachsen, in denen Träger der mobilen Beratung zu diesem Themenfeld vernetzt werden. Ferner können die Ergebnisse u.a. in der Zusammenarbeit mit den folgenden Partnern weiter genutzt und fortentwickelt werden: Demokratiezentrum Sachsen, Landesverband Soziokultur Sachsen e.V., Institut B3 - Beratung, Bildung und Begleitung, Steinhaus Bautzen, Neue Systeme GmbH, Görlitz, TRAWOS Institut der Hochschule Zittau/Görlitz sowie VfB Salzwedel/Fachtag.

Anschlussverwertung

Im Sinne der Fortführung der wissenschaftlichen Arbeit entstanden die folgenden, nicht erfolgreichen Projektanträge:

- 2019 - Europa als gemeinsame Lebenswelt: Zusammenhalt durch Dialog (EagLe), BMBF „Zusammenhalt in Europa - Kulturelle Grundlagen von Zusammenhalt“
- 2020 - ACTUM: Action for utilizing measures of deliberation and participation in strengthening our democracies Horizon 2020 13. Europe in a changing world – Inclusive, innovative and reflective societies, Governance 21-2020
- 2020 Youth4Health – Kinder- und Jugendbeteiligung im Gesundheitswesen, Justice Programme, JUST Rights, Equality and Citizenship Programme REC der Europäischen Kommission
- 2020 - KONNEKT Kompetenz-Netz für Konflikttransformation - Grundlagenforschung und experimentelle Entwicklung zu deliberativen Verfahren bei der Konfliktprävention und -bewältigung durch Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, BMBF „Friedens- und Konfliktforschung“

Seit Mai 2021 wird das Projekt mit einem verstärkten Praxisanteil als „Kompetenzzentrum Krisen-Dialog-Zukunft: Konfliktprävention, Krisenintervention und kommunale Beratung“ in einer Mischfinanzierung durch die Robert-Bosch-Stiftung und den Freistaat Sachsen (Sächsisches Staatsministerium für Soziales und gesellschaftlichen Zusammenhalt, Programm „Demokratie leben!“) weitergeführt.

9. Arbeiten, die zu keiner Lösung geführt haben

Strukturell

Schwierig war für das Projekt vor allem die Etablierung von Nachhaltigkeit und die Verstetigung der durch das MMBF geschaffenen Strukturen. Während die Nachfrage nach Krisendialogen unverändert hoch ist und in den eigenen empirischen Erhebungen klar bestätigt wurde, entstand ausgerechnet in der Hochphase des Lockdowns im März 2021 trotz starker Nachfrage nach gesellschaftlichen Lösungen mit dem Ende der Projektarbeit eine Finanzierungslücke. Dadurch gingen mit dem Weggang dreier Projektmitarbeiter leider personelle Ressourcen und wertvolles Wissen verloren.

Inhaltlich

Auf der inhaltlichen Ebene zeigte sich wenig überraschend, dass die Entfremdung vom politischen System nicht in singulären Veranstaltungen aufhebbar ist, sondern ein längerer Weg mit vielen Lernschritten nötig ist. Die insbesondere in den ostdeutschen Forschungsregionen in gewisser Regelmäßigkeit anzutreffende Entfremdung vom politischen System - sei es durch mangelnde Kenntnis der systeminhärenten Funktionslogik oder verlorene Identifikation mit

zentralen Akteuren wie Politiker:innen und Politikern oder verschiedenen Ebenen der Verwaltung - konnte durch die durchgeführten und evaluierten Veranstaltungen zwar thematisiert, aber nicht aufgehoben werden. Dies ist insbesondere der Tatsache geschuldet, dass Teilnehmende solcher Bürgerdialoge in ihrer Unzufriedenheit mit dem politischen System verharren sind und viele Lernschritte bräuchten, um diese zu überwinden. Zum einen kann aber eine solche Vielzahl aufeinander aufbauender Veranstaltungen nicht durchgeführt werden, woran gerade auch die *Thérapie Sociale* mit ihrem immensen zeitlichen und personellen und somit letztlich auch finanziellen Aufwand oft scheitert. Zum anderen resultiert die Fundamentalkritik bei den Dialogen dann oft schon in Kleinigkeiten wie der Formatwahl, der technischen Ausstattung oder der Beschränkung von Redezeiten und Diskussionsthemen. Auch der "falsche" Veranstaltungsort (bspw. Kirchen) kann hier dann zum Problem werden. Um im stärkeren Maße auch die "Breite der Bevölkerung" offline und online zu erreichen, muss dahingehend neues Handwerkszeug entwickelt und angeboten werden. Ein Ziel ist hierbei, Teile der Bevölkerung anzusprechen, die sich bisweilen noch nicht an den Dialogformaten beteiligt haben. Hier sind dann Angebote wie niedrigschwellige Beteiligungsworkshops mit einem Fokus auf die Verbesserung der Lebensqualität im unmittelbaren Wohnumfeld, wie sie bspw. nun systematisch im Dresdner Norden durchgeführt werden, ein vielversprechender Ansatz. Weitere Gründe des stockenden Beteiligungsprozesses können auch auf anders gelagerte Ursachen zurückgeführt werden. Zu nennen sind dafür Probleme in der Verwaltung, wie auch in den Zuständigkeiten einzelner Stadtteile. Zudem steht die strukturelle Unterstützung lokaler sowie kommunaler Partizipationsbeauftragter noch am Anfang. Diesbezüglich ist ein großer Bedarf an Weiterbildungen gegeben. Des Weiteren wurde die Begleitung der Dialoge durch das Landratsamt Pirna nicht weitergeführt. Der Grund dafür kann im Weggang von Mitarbeitenden oder auch im wenig ergiebigen empirischen Erfolg gesucht werden. Auch in Dresden-Tolkewitz wurde ein begonnener Dialogprozess zunächst durch einen Personalwechsel und schlussendlich durch die Pandemie ausgebremst. Wie groß die Scheu vor Beteiligungs- und Dialogveranstaltungen in der öffentlichen Verwaltung zum Teil tatsächlich ist, konnte bei der Vorbereitung und Durchführung eines Bürgerdialogs zu einem kommunalen Bauprojekt der Stadt Dresden beobachtet werden. Insbesondere Mitarbeitende, die im Rahmen ihrer eigentlichen Tätigkeit plötzlich mit der Durchführung von Bürgerbeteiligungsformaten betraut werden, fühlen sich oft heillos überfordert und ohne externe Unterstützung von den Rahmenbedingungen in den kommunalen Verwaltungen und den politischen Entscheidern allein gelassen. In den Kommunen entsprechende Kompetenzen auf- und Befürchtungen abzubauen, muss daher zentrales Ziel unserer weiteren Arbeit sein.

Transfer

Ursprünglich war zudem geplant, den Sammelband "*Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten*" öffentlichkeitswirksam in den Räumlichkeiten der SLpB Fachpublikum und Presse vorzustellen. Dies konnte aufgrund der behördlichen Corona-Eindämmungsmaßnahmen nicht stattfinden. Entsprechend wurde unsere Publikation unter weniger großer Aufmerksamkeit veröffentlicht. Dies ist insbesondere deshalb bedauerlich, weil sie maßgeblich als Praxishandbuch dienen sollte. Durch die Aufnahme in die kostenlose Publikationsausgabe der SLpB war es trotzdem möglich, die gesamte Auflage an die Bevölkerung zu bringen, das Buch ist aktuell vergriffen.